



# PROTOKOLL

Gemeinde  
Ostermundigen

→ genehmigt am 6. Mai 2021

## GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2020/6

Datum/Zeit	Donnerstag, 17. Dezember 2020, 18:00 - 21:30 Uhr
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen
Vorsitz	Wipfli Hans (SVP) _____ 1
Mitglieder	Dähler Stefanie (SP) Fredrich Bettina (SP) Hangartner Judith (parteilos) Kuert Matthias (SP) Nova Colette (SP) Rajaratnam Saibaven (SP) Emsale Selmani (SP) Tanner Adrian (Grüne) Thomann Thulani (SP) Zeyer Christian (SP) Zeyer Priska (SP) _____ 11 Buchter Yannick (SVP) Friedli Hans Peter (SVP) Gränicher Adrian (SVP) Hausammann Hans Rudolf (SVP) Hirsiger Ernst (SVP) Schneiter Lara (SVP) Streule Christian (SVP) Truog Markus (SVP) Zaugg Gerhard (SVP) _____ 9 Fels Silvia (EVP) Löhrrer Sandra (CVP) <i>ab 18:30 Uhr</i> Wagner Martina (EVP) Zürcher Myriam (EVP) _____ 4 Leiser Christoph (FDP) Rickenbach Rolf (FDP) Rüfli Roland (parteilos) Weibel Tobias (FDP) Zesiger Stefan (FDP) _____ 5 Bendoza Thomas (parteilos) Luyet Cédric (GLP) Tamàs Oliver (GLP) Toggwiler Denis (GLP) Züllig von Allmen Dorothea (GLP) _____ 5 Bärtschi Mosimann Astrid (BDP) _____ 1 <b>Total anwesend</b> <b><u>36</u></b>

Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Blaser Erich (SVP), Gasser Melanie (GLP), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP), Thomann Andreas (SP) und Weber Hadorn Maya (SP)
Gemeindeschreiberin	Stuedler Barbara
Protokollführer	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Mahler Rudolf (SP), Ravendran Shakthiraj (FDP), Schneider-Giacometti Andrea (BDP) und Zysset Walter (SVP)

## TRAKTANDEN

347. Protokoll der 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 17. September 2020; Genehmigung .....	241
348. Pendenzenliste "Grosser Gemeinderat"; Kenntnisnahme.....	244
349. Behörden- und Verwaltungsreform (BVR); Abschlussbericht; Genehmigung .....	246
350. Kooperation Bern (Fusion): Grundsatzentscheid für die Aufnahme der Fusionsverhandlungen; Projektkredit für die "Phase bis 2023"; Genehmigung.....	249
351. Kantonale Verordnung über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen (BMBV): Aufhebung von Baulinien und Bereinigung von Waldgrenzen; Beschlussfassung .....	264
352. Tram Bern/Ostermundigen: Verkehrsmanagement; Genehmigung eines Investitionskredits.....	266
353. Überparteiliche Motion betreffend Finanzen der Gemeinde Ostermundigen: Analyse, Strategie und Prozesse; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat .....	267

354. Volksmotion betreffend "Wir brauchen einen Quartiertreff - für eine lebendige Nachbarschaft"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	268
355. Postulat Adrian Tanner (Grüne) betreffend Umwelt- und Klimakommission; Erheblicherklärung/Ablehnung .....	275
356. Überparteiliche Interpellation betreffend Abfall, insbesondere Abfalltrennung an öffentlichen, neuralgischen Punkten in Ostermundigen und Mehrweggeschirr an Veranstaltungen; schriftliche Beantwortung .....	276
357. Orientierungen des Gemeinderates .....	277
a) Parlamentarische Vorstösse; verspätete Beantwortungen.....	277
b) Schulanlage Rothus: Zeitwertentschädigung CSB; Genehmigung Investitionskredit durch Gemeinderat .....	278
c) "Solarpresshai" (= öffentlicher Abfallbehälter); Zwischenbericht.....	279
d) "Corona Eichen" .....	280
e) Verabschiedung von Gemeinderat Andreas Thomann.....	281

## Mitteilungen des Ratspräsidenten

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Ich begrüsse alle Anwesenden zur 6. und letzten Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2020 respektive der Legislaturperiode 2017 bis 2020. Ich heisse besonders die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertretenden der Presse herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Wir haben heute Abend eine Novität: Wir werden mittels "Livestream" die Sitzung in die Aussenwelt übertragen. Aus diesem Grund sind Herr und Frau Zaugg an der Aufnahmekamera an der Arbeit. Die Zugangsbeschränkungen lassen auf der Galerie nur 12 Zuschauerinnen und Zuschauer zu. Da die Parlamentssitzung öffentlich ist, wird die Zugänglichkeit zur Sitzung mittels Livestream sichergestellt. Aus diesem Grund herzlich Willkommen allen aussenstehenden Zuschauerinnen und Zuschauer. Ich freue mich sehr über Ihr Interesse an der Gemeindepolitik von Ostermundigen.

- ① Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

## Hinweise zum Covid-19-Virus

1. Im Tellsaal gilt eine generelle Maskenpflicht; auch auf den Sitzplätzen der Galerie. Einzig für die Sprechenden am Rednerpult gilt die Maskenpflicht nicht.

Dem vorgängig allen zugestellten und im TELL angeschlagenen „Sicherheits- und Schutzkonzept“ ist Folge zu leisten. Die „Regeln und Empfehlungen“ des BAG vom 17. Juli 2020 (inkl. Änderungen vom 11.12.2020) sind von allen Anwesenden einzuhalten.

- Abstand halten,
- Hygiene beachten,
- Masken tragen!

2. „Rednerpult und Mikrofon“

Diese werden von allen Sprechenden eigenständig desinfiziert (Spray und Abwischpapier stehen zur Nutzung bereit)!

3. „Kontaktdaten angeben und Kontakt-Tracing ermöglichen“

Sämtliche Besucherinnen und Besucher, Auskunftspersonen sowie die Medienschaffenden sind aufgefordert, sich auf der Liste „Kontaktdaten“ einzutragen.

4. Auf der Galerie dürfen mit genügend Abstand maximal 12 Personen anwesend sein. Aus diesem Grund hat sich das Ratsbüro dazu entschieden, die interessierte Bevölkerung via Livestream am Sitzungsverlauf teilzuhaben.

5. Herr Roland Stebler, Polizeiinspektor Öffentliche Sicherheit, hilft uns bei der Umsetzung des Sicherheitskonzepts resp. „Regeln und Empfehlungen“ des BAG vom 17. Juli 2020 (inkl. Änderungen vom 11.12.2020). Besten Dank für die Mithilfe.

6. Die parlamentarischen Vorstösse sind beim Saaleingang - am gekennzeichneten Tisch - zur Unterschrift aufzulegen. Die parlamentarischen Vorstösse sind dem Ratssekretär in digitaler Form zuzustellen.
  7. Ich verlese die beim Ratssekretär eingegangenen Entschuldigungen:  
Seitens GGR haben sich Mahler Rudolf (SP) und Zysset Walter (SVP) entschuldigt.
- ① Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Momentan sind **35 Ratsmitglieder** anwesend und der Rat ist beschlussfähig.
- ① Da der Stimmenzähler Walter Zysset (SVP) heute Abend abwesend ist, hat das Parlament einen Ersatzstimmenzähler zu wählen.

## Abstimmung

Markus Truog (SVP) wird einstimmig als interimistischer Stimmenzähler gewählt.

- ① Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nimmt zum Traktandum Nr. 351, Herr Walter Wirz, Gemeindeplaner, an der heutigen Sitzung teil.
- ① Die erste (konstituierende) Sitzung in der neuen Legislatur findet am **28. Januar 2021** statt. Die GGR-Unterlagen werden ausnahmsweise erst 14 Tage vorher verschickt.

## Traktandenliste

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Ich darf noch folgendes anmerken:

→ Traktandum Nr. 354 - Volksmotion: Wir brauchen einen Quartiertreff

Die Erstunterzeichnerin, Sarah Aeschbacher, kann heute Abend nicht anwesend sein. Sacha Dähler, Mitunterzeichner, wird die Volksmotion begründen.

→ Traktandum Nr. 357 - Orientierungen des Gemeinderates

- a. Parlamentarische Vorstösse: verspätete Beantwortungen - Sprecher: Thomas Iten
  - Überparteiliche Motion betreffend externe Untersuchung zu den Mitteln, die Ostermundigen im Zusammenhang mit der Sanierung und der Liquidation der PVS BIO zustehen; eingereicht 19.12.2019
  - Überparteiliche Interpellation betreffend Mittel, die Ostermundigen aus der Sanierung und der Liquidation der PVS BIO zustehen; eingereicht 19.12.2019
  - Überparteiliche Interpellation betreffend Parkplatzbewirtschaftungssystem Migros Ostermundigen und weitere Einkaufszentren; eingereicht 20.02.2020
  - Motion betreffend Übertragung der Verantwortung für den Mutter-Kind-Deutschkurs zur Abteilung Soziales; eingereicht 25.06.2020
  - Interpellation betreffend 12 Fragen zur Verkehrssituation in Ostermundigen; eingereicht 25.06.2020

- Volksmotion betreffend „Sichere Schulhausplätze in Ostermundigen“; eingereicht 17.09.2020
  - Motion betreffend Änderung des Wahl- und Abstimmungsreglementes; eingereicht 17.09.2020
  - Postulat betreffend Kompensation für Pensionskassen-Sanierungsbeiträge der Gemeindemitarbeitenden; eingereicht 17.09.2020
  - Interpellation betreffend Kapazitätsausbau Wankdorf („Spaghetti Teller“) - was ist die Haltung des Gemeinderates?; eingereicht 17.09.2020
- b. Schulanlage Rothus, Zeitwertentschädigung CSB; Genehmigung Investitionskredit durch Gemeinderat - Sprecherin: Maya Weber Hadorn
- c. Solar Press-Hai (öffentlicher Abfallbehälter); Zwischenbericht - Sprecher: A. Thomann
- d. Verabschiedung Gemeinderat Andreas Thomann - Sprecher: Thomas Iten

Liegen zur Traktandenliste noch Wortmeldungen vor?

### **B e s c h l u s s**

Die Traktandenliste Nr. 6 wird einstimmig genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

### **347. Protokoll der 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 17. September 2020; Genehmigung**

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Das Parlament wurde mit dem Protokoll Nr. 4 dokumentiert. Liegen Wortmeldungen zum Protokoll vor?

**1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne):** Ich möchte diese Textänderungen im Protokoll anbringen:

*Mit den Gemeinden Oberwil und Lohnberg ist die Auflösung der Partnerschaften im Einvernehmen erfolgt. Dagegen habe ich keinen Einwand. Die bulgarische Gemeinde Trojan wird als sogenannter "Sparauftrag der Gemeinde Ostermundigen" aufgelöst. Dieser Sachverhalt bedaure ich sehr und ich werde persönlich diesem Geschäft nicht zustimmen. In meiner Schulzeit durfte ich eine tschechische Partnergemeinde besuchen und dieser Besuch hat mich sehr geprägt. Ich finde die Auflösung sehr schade.*

① Seite 142

*Ich kann mich in Bezug auf die Nachhaltigkeit und Soziales der Vorrednerin anschliessen. Besten Dank der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Findung einer nachhaltigen Lösung. Als Mitglied des Ausschusses der Schulkommission kann ich sagen, dass nicht darüber diskutiert wurde, ob die Lösung nachhaltig sein sollte, sondern wie wir zu einer möglichst nachhaltigen Lösung kommen. Das hat mich gefreut; so sollte es immer sein. Die Suche hat sich gelohnt! Ich empfehle dem Parlament das Geschäft zur Annahme.*

① Seite 145

*Die Ausbauarten Holz oder Beton werden noch geprüft. Wenn wir heute dem Geschäft zustimmen, wird dann ebenfalls der Ausbauart "Beton" bestimmt? Oder werden dem Parlament Varianten zum Entscheid vorgelegt? Zwischen Holz und Beton gibt es einen grossen Unterschied in Bezug auf die Nachhaltigkeit.*

① Seite 165

**1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne):** Besten Dank dem Gemeinderat und der Abteilung Hochbau für die ausführliche Beantwortung der Motion. An vielen Punkten hatte ich Freude

- *der Gemeinderat ist sich der Bedeutung der Thematik bewusst und ist deshalb gerne bereit, diese Massnahme umzusetzen (siehe Punkt 1 der Stellungnahme).*

*Auch die politischen Entscheide werden vom Gemeinderat angedeutet. Auf Seite 3: ... Dies bedeutet, dass zusätzliche personelle oder finanzielle Ressourcen notwendig sind und teilweise zeitliche Verzögerungen in Kauf genommen werden müssen. ... Denn oftmals sind bessere Lösungen mit höheren Kosten verbunden.*

... Massnahmen werden aufgezählt. Das Problem liegt darin, dass die Massnahmen nicht ausreichend sind. Ich habe in der Pause die Klimazeitungen aus dem letzten Jahr geholt. Interessierten gebe ich gerne ein Exemplar ab. Wir sind nahe daran, die Kipp-Punkte - zum Beispiel wird in der Arktis Methan im Permafrost aufgetaut, welches bis zu 25 Mal stärker als Treibhausgas wirkt als CO<sub>2</sub>. Ich bin kein Klimawissenschaftler und gehe nicht weiter ins Detail. Im Vorfeld habe ich allen Parlamentsmitgliedern meinen Vorschlag (Änderungsantrag) elektronisch zugestellt. Ostermundigen hat nur einen kleinen Einfluss auf das Klima. Aber nichts desto trotz sollte jeder in seinem Umfeld tätig werden. Wenn wir mit unserem Handeln noch andere überzeugen können, dann haben wir bereits viel erreicht. Ich möchte im Wortlaut noch die folgenden Änderungen anmerken:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Massnahmen zu ergreifen:

Punkt 3: (Eine Klima-und Umweltkommission zu schaffen, die Geschäfte, und insbesondere solche die dem GGR vorgelegt werden sollen, auf ihre ökologischen und klimarelevanten Auswirkungen prüft) wird als Postulat überwiesen.

Punkt 6 wird folgendermassen abgeändert: Die nötigen Massnahmen zu treffen, um bis Ende 2024/2028 die Auszeichnung Energiestadt Gold zu erhalten. Die Finanzkommission prüft die Geschäfte von der finanziellen Seite. Die Seite resp. Perspektive "Umwelt" wird nicht geprüft. Doch es ist wichtig, dass diese Themen frühzeitig beigebracht und geprüft werden. Vielfach werden die Umweltaspekte bei der Entscheidungsfindung ausser Acht gelassen. Doch diese Perspektive ist sehr wichtig.

Ich bin bereit, den Punkt 3 in ein Postulat umzuwandeln.

Den Vorstoss möchte ich lieber als Motion beibehalten. Gerne höre ich Eure Meinungen dazu. Wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt wird, so ist das der politische Wille. Dann wird mindestens ein Kübel Wasser auf das Feuer gegossen. Das Haus wird jedoch weiter brennen.

① Seite 171

Die Gesamtsumme einer Wahlkampagne soll pro Partei oder Liste offen gelegt werden. Eventuell wird auch das Jahresbudget einer Partei bekannt gegeben. Auch Einzelspenden über 5'000 Franken pro Jahr sollten offen gelegt werden. Ich gehe zwar davon aus, dass keine solch grossen Spenden zu verbuchen sind. Das Budget der Grünen für die diesjährigen Wahlen beläuft sich auf rund 5'300 Franken.

Eine Bemerkung zur Finanzierung seitens der SVP-Fraktion: Wenn wir in einer Firma einkaufen und diese eine Spende an die SVP vornimmt, ja dann habe ich auch keine Freude. Dann haben wir hier das gleiche Problem. [Bei der SVP-Wortmeldung fehlt ein Teil, auf den sich diese Antwort bezieht.]

① Seite 171

Gerne würde ich Meinungen zur Umwandlung in ein Postulat hören.



**Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Ich habe eine Anmerkung zu Seite 124:

① Auf der rechten Seite ist vermerkt: ab 18.30 Uhr

→ Wir beginnen die Sitzung um 18.00 Uhr. Hier stimmt was in der Protokollierung nicht.

**Anmerkung des Ratssekretärs:** Die Protokollierung ist wie folgt zu lesen bzw. zu verstehen:

1. Zeyer Christian (SP) ist der Sitzung um 18.15 Uhr und Kuert Matthias (SP) ist um 18.30 Uhr beigetreten.
2. Zaugg Gerhard (SVP) hat die Sitzung bereits um 18.45 Uhr wieder verlassen (ohne vorherige Ankündigung beim Ratssekretär).
3. Buchter Yannick (SVP), Tamàs Oliver (GLP) und Toggwiler Denis (GLP) haben von 19.00 Uhr bis 19.30 Uhr die Sitzung verlassen. Der Weggang wurde mir vorgängig angemeldet.

**Judith Hangartner (parteilos/Grüne):** Meine Aussagen wurden im Protokoll stark gekürzt. Ich möchte keine Textänderung beantragen. Im Gegenteil: Ich möchte dem Ratssekretär Jürg Kumli meinen besten Dank für die unglaublich grosse Arbeit aussprechen. Diese unmögliche Arbeit kann im Prinzip nicht zufriedenstellend erledigt werden. Entweder wird die Protokollierung wortwörtlich vorgenommen; wir produzieren damit Protokollbücher, die niemand zu lesen vermag. Oder wir probieren eine Zusammenfassung; welche mehr Arbeit als ein Wortprotokoll verursacht. Mit diesem strukturellen Problem kann die Protokollierung nicht für alle zufriedenstellend erledigt werden.

Ich habe ein Anliegen: Ich möchte das Ratsbüro bitten, die Protokollierung als "Beschlussprotokoll" zu prüfen. Die Voten der Parlamentsmitglieder können als MP3-Dateien der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Grosse Rat des Kantons Bern macht dies bereits heute in dieser Form. Was für den Grossrat recht ist; kann für die Gemeinde Ostermundigen billig sein.

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Besten Dank für den Hinweis; wir nehmen diesen so auf.

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 34 zu 0 Stimmen den folgenden

## B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 4 der GGR-Sitzung vom 17. September 2020 wird genehmigt.

10.3.01 Allgemeines

### 348. Pendenzenliste "Grosser Gemeinderat"; Kenntnisnahme

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 33 zu 1 Stimme den folgenden

#### B e s c h l u s s

Die "Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates (Stand 10.11.2020) wird zur Kenntnis genommen.

o = offen, e = erledigt, ne = **offen, sollte erledigt sein**

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- stän- dig	Kommentar	Sta- tus
422	Behörden- und Verwaltungsreform (BVR)	19.09.13	31.12.16	PRA	Kreditabrech- nung	ne
<i>Stand der Dinge + Zeithorizont</i>						
<i>PRA: Der Schlussbericht BVR ist für die GGR-Sitzung vom 17. Dezember 2020 traktandiert.</i>						
2103	Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti	25.08.16 18.05.17 28.06.18 27.06.19	31.05.17	ÖS	Abschreibung ab- gelehnt	ne
<i>Stand der Dinge + Zeithorizont</i>						
<i>ÖS: Das Polizeiinspektorat führt weiterhin regelmässige Geschwindigkeitskontrollen durch.</i>						
2719	Ortsplanungsrevision: O'mundo	15.12.16 03.05.18	31.12.20	PRA	Raumentwick- lungswegweiser 2025+ (siehe auch www.o- mundo.ch); RES im Mitwirkungs- verfahren	o
<i>Stand der Dinge + Zeithorizont</i>						
<i>PRA: Die Mitwirkungsphase zur Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) wurde im 4. Quartal 2019 gemäss Terminplan abgeschlossen. Am 21.01.2020 verabschiedete der Gemeinderat die Unterlagen der RES zuhanden der kantonalen Vorprüfung. Der Vorprüfungsbericht ist erst anfangs August 2020 von den kantonalen Behörden an die Gemeinde eingegangen. Zurzeit laufen die Prüfung der Rückmeldungen und die Überarbeitung des Zeitplans und die Formulierung von Anpassungen der RES. Parallel zum Vorprüfungsverfahren hat der Gemeinderat im Rahmen einer Klausur die Grundlagen für die Weiterentwicklung der zentralen Baustellen bei der künftigen Tramwendeschleife, beim Tell/Alpenrösli, beim Dreieck und Bahnhof erarbeitet. Nach Prüfung des Vorprüfungsberichts wird das Geschäft im 4. Quartal 2020 oder im 1. Quartal 2021 dem GGR vorgelegt. Der Zeitpunkt hängt u.a. von den verfügbaren internen Ressourcen ab.</i>						

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- stän- dig	Kommentar	Sta- tus
3527	Informations- + Koordinationstelle 60+	27.06.19	31.08.22	SOZ	Ergebnisse der Projektevaluation abgeben	o
<p><i>Stand der Dinge + Zeithorizont</i>            SOZ: Am 01.03.2020 hat die für dieses Projekt zuständige Mitarbeiterin ihre Arbeit aufgenommen. Das Projekt ist auf Kurs, wenn auch mit 2 monatiger Verspätung. Das Projekt wird demzufolge am 28.02.2023 abgeschlossen. Zwischenzeitlich hat Corona den Kurs bestimmt (siehe dazu diverse Publikationen in der Bantiger Post), zudem ist eine Bedarfsanalyse durchgeführt worden. Die Ergebnisse werden in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und einer Fachhochschule weiterverarbeitet</p>						
2545	Schulraumplanung; Gesamtprojektplan; Genehmigung	20.02.20	30.11.21	HB/BK S	Bei jedem Kreditantrag Info über den Stand des Gesamtprojektplans abgeben	o
<p><i>Stand der Dinge + Zeithorizont</i>            HB/BKS: Der GGR wurde am 17.09.2020 im Rahmen des Projektierungskredites für die Gesamtplanung Schulanlage Mösli über den Stand des Gesamtprojektplans informiert. Die nächste Information erfolgt voraussichtlich am 06.05.2021 im Rahmen des Ausführungskredits für das Schulraumprovisorium Mösli.</p>						

10.9.31 Behörden- und Verwaltungsreform (BVR)

## 349. Behörden- und Verwaltungsreform (BVR); Abschlussbericht; Genehmigung

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Silvia Fels (EVP):** „Was lange währt, wird endlich gut.“

Als EVP/CVP Fraktion staunen wir zwar, wie lange ein Geschäft dauern kann, sind aber dankbar, dass es zu einem guten Abschluss gekommen ist. In der Botschaft lesen wir: *Am 3. Juli 2003 hat der GGR den GR beauftragt, die Strukturen der Verwaltung auf ihre Zweckmässigkeit und Wirksamkeit hin zu analysieren und sinnvolle Optimierungen zu prüfen.* Daraus ist dann dieses „endlich gute“ Projekt BVR entstanden und heute haben wir den Abschlussbericht auf dem Tisch, den wir genehmigen dürfen.

Der Abschlussbericht und die ganze Geschichte dahinter ist für die meisten hier im Parlament gar nicht mehr nachvollziehbar und einige wichtige Schlüsselfiguren, die damals in den Abteilungen gearbeitet haben, sind heute nicht mehr angestellt.

Wie wir im Abschlussbericht lesen können, wurde 2005 im **Teilprojekt 1** bei der politischen Organisation gestartet und einiges geändert. Dann im **Teilprojekt 2** kam die Verwaltungsorganisation. Die Abteilungen Vormundschaft/Justiz und Soziales, sowie Tiefbau und Betriebe sollten zusammengelegt werden und je eine Abteilung bilden. Das war eine Mammutaufgabe, wie wir dem Projektbericht der Abteilung Soziales mit dem Untertitel „Reorganisation 2017-2018“ entnehmen können.

Alle die in dieser Zeit schon dabei gewesen sind, können mir sicher beipflichten, dass diese Zeit keine einfache war. Ich möchte hier nicht ins Detail gehen, über Machtspiele oder Überforderungen. Das kennen wir aus allen Bereichen, sei es in der Politik, in der Wirtschaft aber auch in der Gemeindearbeit. Was ich aber sagen möchte und was in diesem Bericht nicht so rauskommt ist, dass auch in dieser schwierigen Zeit hart gearbeitet wurde. Der Kanton hat die Sozialdienste mit Zusatzaufgaben überhäuft, wie zum Beispiel die ganze Zusammenlegung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) oder umfassende Kontrollsysteme der Sozialhilfe. Gleichzeitig mussten immer wieder die Handbücher überarbeitet werden usw..

- Es existierten laut Projektbericht zu dieser Zeit bereits gute Arbeitsanleitungen und Prozessabläufe, die im Tagesgeschäft zum Tragen kamen.
- Gemeinsam mit einer externen Beratung wurde nach guten Lösungen gesucht und das fachliche Know-how war auf jeden Fall da.

Im **Teilprojekt 3** kam dann noch die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV) dazu, wo drei WoV-Piloten aufzeigen sollten, was die Vor- und Nachteile gegenüber dem traditionellen inputgesteuerten Führungsmodell sei. Nach einer ersten Auswertung wurde die ganze Übung dann durch eine Motion der EVP vorzeitig abgebrochen, weil die Probleme bei der Umsetzung massiv waren und enorme personelle Ressourcen gebunden haben.

**Das Fazit** aus Sicht der „heutigen“ Verwaltung, dass es „höchst bedauerlich“ sei, dass das Pilotprojekt abgebrochen wurde, weil die Erfahrungen aus der WoV für die Verbesserung der Prozesse und Abläufe innerhalb der Verwaltung gedient hätten, kann ich in diesem Fall nicht ganz nachvollziehen. Ich schreibe es dem zu, dass die meisten Gemeinderäte und sicher auch

viele in der Verwaltung vor 10 Jahren noch nicht im Amt waren oder für die Gemeinde gearbeitet haben.

Es wurde nämlich - ausser einer Menge Papier - praktisch nichts mehr produziert. Man kam zum Schluss, dass die Erfassung der definierten Kennzahlen mit erheblichem Aufwand verbunden seien, diese aber nicht die geeigneten Angaben lieferten, um den Behörden das Steuern der Pilote zu ermöglichen. Auch habe ich im Protokoll der GGR-Sitzung vom 28. Juni 2012 gelesen, dass die EVP bereits einen Vorschlag gemacht hat, wie es weiter gehen könnte:

*„Die EVP-Fraktion ist der Meinung, dass ab sofort eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung an die Hand zu nehmen ist. Diese kann jetzt mit der nötigen Sorgfalt und genügend Zeit angegangen werden. Sie ist wichtig für die weiteren Schritte im Projekt für ein neues Verwaltungszentrum. Und sie wird sich zuletzt auch auf die Gemeindefinanzen auswirken und zwar – davon bin ich überzeugt- im positiven Sinn.“*

Was ja dann erst im zweiten Halbjahr 2016 in Angriff genommen und am 31. August 2018 als Schlussbericht dem GGR zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde.

Meine Ausführungen sind etwas lang geworden, es war mir aber wichtig, dazu noch etwas zu sagen und für ein Geschäft, das 13 Jahre dauerte, darf es ja auch beim Votum etwas länger dauern. „Was lange währt, wird endlich gut.“

Als EVP/CVP-Fraktion genehmigen wir den Abschlussbericht „Behörden- und Verwaltungsreform (BVR) 2007 - 2018.“

**Rolf Rickenbach (FDP):** 17 Jahre sind nun vergangen seit der Eingabe des politischen Vorstosses. Trotzdem möchte ich dazu noch etwas erwähnen. Mein Fazit ist nicht ganz deckungsgleich mit dem Votum der Vorrednerin, Silvia Fels (EVP).

Die Ausgangslage war die, dass alle Gemeinden mit 10'000 bis 20'000 Einwohnende in der Schweiz verglichen wurden. Es konnte festgestellt werden, dass diese Gemeinden zwischen fünf und sieben Gemeinderäte und Abteilungen im Organigramm ausweisen. Also sollte es auch für die Gemeinde Ostermundigen möglich sein, die neun Gemeinderäte und Abteilungen zu reduzieren sowie schlanker und effizienter neu aufzustellen. Es war nicht das primäre Ziel, Kosten einzusparen jedoch Ressourcen für kommende Aufgaben frei zu halten.

Beim Lesen des Schlussberichtes (17 jähriges Generationenprojekt) fällt einem sofort auf:

- "Ausser Spesen fast nichts gewesen." Wir haben neu sieben Gemeinderäte mit sieben Abteilungen aber im Bericht steht des Öfteren: ...*das Ziel wurde nicht erreicht.*
- Ist die Situation der Gemeinde Ostermundigen gegenüber den übrigen Gemeinden so anders?

Wir wissen es nicht. Das heisst: Alte Zöpfe wurden nicht abgeschnitten. Vielleicht hatte die Politik auch Angst vor den Veränderungen bekommen (z. B. Reduktion des GGR auf 30 Mitglieder). Im Nachhinein können diese Fragen nicht mehr abschliessend beantwortet werden.

Im Bericht lassen zwei Sachen gewisse Hoffnung aufkeimen:

- Abschlussbericht BVR Seite 12 - 1. Absatz: ... *die Vermeidung von Doppelspurigkeiten konnte noch nicht erreicht werden.*

"Noch nicht" ist das Eingeständnis, dass es noch Parallelarbeiten gibt und diese noch vereinfacht werden können.

- Abschlussbericht BVR Seite 9: ... *Sollte das Projekt "Kooperation Bern (KoBe)" im Dezember 2020 nicht weiterverfolgt werden, ist die Einführung eines NPM-Models erneut zu prüfen.*

1)

**1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne):** Danke an alle Beteiligten für den ausführlichen Bericht und die geleisteten Arbeiten.

Für jene, die 2003 noch nicht dabei waren, ist es interessant zu sehen, was da all die Jahre gelaufen ist. Ich werde nicht alles wiederholen, was bereits gesagt wurde, sondern einfach einen Punkt hervorheben:

- Im Bericht zur Abteilung Soziales, Seite 15 von 39 (Bericht (ostermundigen.ch)) steht «AHV-Zweigstelle unter der „Flagge“ Sozialhilfe schreckt Kunden und Klientel ab.»

Das ist ein allgemeines Problem: Die Sozialhilfe wird [sinngemäss: oft von der Politik] schlechtgeredet, die Leute trauen sich nicht, Hilfe in Anspruch zu nehmen, auf die sie Anrecht hätten und leben jahrelang in prekären Situationen.

Wir werden dem Abschlussbericht zustimmen.

**Dorothea Züllig von Allmen (GLP):** Die GLP/BDP-Fraktion ist eine junge Partei. Der politische Vorstoss aus dem Jahre 2003 hat von uns niemand unterschreiben können. Nichts desto trotz werden wir den Abschlussbericht genehmigen. Für uns ist das Positive am Geschäft: Die Reorganisation der Abteilung Soziales. Ausserdem: Zusätzliche Kommissionen sind nicht immer zielführend.

**Ernst Hirsiger (SVP):** "Was lange währt wird nicht zwangsläufig gut." Das Schlussresultat ist für mich nicht gut. Aber zur Ehrrettung der Verwaltung und der Politik ist zu erwähnen, viele Parlamentsmitglieder haben seinerzeit gar nicht verstanden, was mit dem "Teilprojekt WoV" gelaufen ist. Die "Indikatoren" wurden nicht verstanden und um den politischen Einfluss wurde gefürchtet. Das Ganze hat dazu geführt, dass das Projekt bereits während der Startphase abgebrochen wurde.

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

### B e s c h l u s s

Der Abschlussbericht „Behörden- und Verwaltungsreform 2007 bis 2018“ vom 27.10.2020 wird genehmigt.

---

1) **18:30 Uhr:** Sandra Löhner (CVP) tritt der Sitzung bei. Es sind **36 Ratsmitglieder** anwesend.

10.13.91 Zusammenarbeitsformen

### **350. Kooperation Bern (Fusion): Grundsatzentscheid für die Aufnahme der Fusionsverhandlungen; Projektkredit für die "Phase bis 2023"; Genehmigung**

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

**Christoph Leiser (FDP):** Die FDP, die Liberalen-Fraktion wird dem Antrag zustimmen und begrüsst die konkrete Inangriffnahme von Fusionsverhandlungen.

Die FDP als Mitinitiantin des Themenbereiches "Fusion" erachtet die Fortführung resp. den formellen Aufbruch zu dieser denkwürdigen (Grat)Wanderung als ausserordentlich wichtig und richtig, sowohl für unsere Gemeinde wie auch für die Stadt Bern und hoffentlich doch noch weitere umliegende Gemeinden.

Wir beschliessen und diskutieren heute selbstverständlich nicht die abschliessende Zustimmung zur Fusion. Wir lassen aber nicht zu, dass die Türe bereits heute durch Ablehnung des Antrags zugeknallt wird. Ob sodann diese Türe durchschritten resp. der Gipfel erklommen werden soll und kann, entscheidet schlussendlich jede Gemeinde für sich.

Wir sind es der Bevölkerung (und uns) schuldig und müssen es ermöglichen, die allfällige Fusion weiterhin auf objektiv und subjektiv wichtig erscheinende positive und negative Anhaltspunkte und Aspekte hin zu prüfen und sich in dieser Entscheidungsphase über den zu erstellenden Fusionsvertrag auszutauschen und einzubringen.

An dieser Stelle soll keine epische Diskussion über Sinn oder Unsinn der Fusion stattfinden. Es soll aber eine faire und im Grundsatz ergebnisoffene Abstimmung vorbereitet, ermöglicht und sodann durchgeführt werden können.

**Hans Peter Friedli (SVP):** Wie bereits der Presse zu entnehmen war, werden wir zu diesem Geschäft einen Rückweisungsantrag stellen. Dieser wurde bereits vorgängig sämtlichen Fraktionspräsidenten zugestellt. Ich möchte darauf hinweisen, dass noch eine Ergänzung vorgenommen worden ist.

Die SVP-Fraktion stellt folgenden **Rückweisungsantrag:**

*«Das Geschäft sei zurückzuweisen und der Gemeinderat sei zu beauftragen, die Gesamtprojektkosten unter Berücksichtigung aller Aspekte und Verwaltungseinheiten inkl. Folgekosten auszuweisen und in der Folge dem finanzkompetenten Organ zur Genehmigung vorzulegen.»<sup>2)</sup>*

---

<sup>2)</sup> Artikel 49a GG: Rügepflicht: (1) «Die Verletzung von Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften an der Gemeindeversammlung oder an Sitzungen anderer Gemeindeorgane ist sofort zu beanstanden.» ... (3) «Wer rechtzeitige Rügen pflichtwidrig unterlassen hat, kann gegen Wahlen und Beschlüsse nicht mehr Beschwerde führen.»

Dieser Antrag gilt als **Rüge und Beanstandung** im Sinne von Art. 49 a kant. Gemeindegesetz, wonach solche sofort, d. h. anlässlich der Sitzung des betreffenden Gemeindeorgans vorzubringen sind, ansonsten das Beschwerderecht hinfällig wird.

Zur Begründung

→ Gesamtprojektbetrachtung notwendig

Der Ablauf einer Gemeindefusion lässt sich in **verschiedene Phasen** unterteilen: Vorphase, Abklärungs-/Machbarkeitsphase, Entscheidphase, Umsetzungsphase und Konsolidierungsphase. Damit ist auch klar, dass es sich um ein **Gesamtprojekt** mit verschiedenen Projektphasen handelt, welche finanzrechtlich auch entsprechend gesamtheitlich als Teil eines Ganzen qualifiziert und behandelt werden müssen. Bei einem möglichen Zusammenschluss zwischen Bern und Ostermundigen läuft Ostermundigen Gefahr, dass ein Grossteil der Kosten lediglich auf Seiten der Gemeinde Ostermundigen entstehen wird. Umso wichtiger ist es, jetzt alle Zahlen offen zu legen.

→ Finanzrechtliche Grundsätze (Trennungsverbot, Einheit der Materie, Transparenz und Gesamtverpflichtungskredit)

Allgemeine Grundsätze zum Finanzhaushalt sind in den Art. 57 bis 127 der kant. Gemeindeverordnung (GV; BSG 170.111) enthalten. In Art. 58 GV wird festgehalten, dass bei Beschlüssen, die unmittelbar oder zu einem späteren Zeitpunkt mit Aufwendungen oder Erträgen für die Gemeinde verbunden sind, das beschlussfassende Organ vorgängig über die **Kosten**, die **Folgekosten**, die **Finanzierung** und die **Auswirkung** auf das Finanzhaushaltsgleichgewicht zu orientieren ist.

Der Grundsatz der **Transparenz** bedeutet, dass «... *Beschlüsse jeweils in Kenntnis der finanziellen Folgen gefasst werden*» müssen (Gutachten Ueli Friedrich, Haftung des Kantons Bern für Gemeinden und weitere gemeinderechtliche Körperschaften, insbesondere im Bereich der Finanzaufsicht, Bern 2003, S. 13).

Ausgaben, welche sich gegenseitig bedingen, sind als **Gesamtausgaben** zu beschliessen und dürfen nicht getrennt bzw. gestückelt werden (**Trennungsverbot**, Art. 102 GV).

Damit gelten die Grundsätze des Trennungsverbotes, der **Einheit der Materie**, der **Transparenz** und der **Gesamtverpflichtungskredite**. Eine Stückelung in Teilprojektkosten ohne Ausweisung der Gesamtkosten des Projektes «Fusion Ostermundigen mit der Stadt Bern» für Ostermundigen ist nicht statthaft; selbst wenn gewisse Kosten zum heutigen Zeitpunkt bloss geschätzt werden können! Das Gesamtprojekt liegt deshalb zwar in der Finanzkompetenz des GGR, unterliegt aber möglicherweise dem fakultativen Referendum.

Selbst wenn die Konsolidierungskosten bzw. der Anteil von Ostermundigen durch Bern übernommen werden sollte (würde das zumindest dem Grundsatz der Transparenz widersprechen), gelten die oben aufgeführten rechtlichen Grundsätze. Nach einem anerkannten Grundsatz in der Ökonomie («**there is no free lunch**») gibt es auch in der Politik kein Gratismittagessen!

#### Kostenzusammenstellung Gesamtprojekt

Kosten « <b>Entscheidphase</b> » (3. Q 2023)	CHF 590'000
Gemeindeinterne Kosten (08/2019-12/2020)	CHF 30'000
Beizug ext. Ressourcen bei Stellennichtbesetzung (CHF 50'000 pro Jahr, für 4 Jahre)	CHF 200'000



Kosten für <b>Umsetzungsphase</b> (4. Q. 2023 – 4. Q 2024) <sup>3, 4</sup>	CHF 350'000
Kosten <b>Konsolidierungsphase</b> Anteil Ostermundigen <sup>5, 6</sup> (2025 – 2028/30)	CHF 650'000
<b>Geschätzte Gesamtprojektkosten</b>	<b>CHF 1'820'000</b>

Die Umsetzungskosten und die Konsolidierungskosten sind geschätzt; sie können höher oder tiefer sein, es kann sich um interne oder externe Kosten handeln. Es wäre nach den rechtlichen Grundlagen die Aufgabe des Gemeinderates über diese Positionen möglichst verbindlich Auskunft zu geben.

### Finanzkompetenzen

Organ	Betrag (einmalig)	Betrag (wiederkehrend)	Bemerkungen
Gemeinderat	Gebundene Ausgaben	Gebundene Ausgaben	Art. 19 Gemeindeordnung (GO)
Gemeinderat	Neue Ausgaben bis CHF 250'000	Neue Ausgaben bis CHF 50'000	Art. 66 Bst. A und b GO
GGR (abschliessend)	Neue Ausgaben über CHF 250'000 bis CHF 1'500'000	Neue Aufgaben über CHF 50'000 bis CHF 300'000	Art. 57 Abs. 1 Bst. c und d GO
<b>GGR (fakultatives Referendum)</b>	Neue Ausgaben CHF 1'500'000 bis CHF 2'500'000	Neue Aufgaben CHF 300'000 bis CHF 500'000	Art. 56 Bst. b und c GO
Stimmberechtigte	Neue Ausgaben über CHF 2'500'000	Neue Ausgaben über CHF 500'000	Art. 32 GO

<sup>3)</sup> **Analyse Personalrechtssituation (inkl. PK Deckungsgrad)**, Analyse Umstellung IT-Systeme, Umgang mit den verschiedenen Ressourcenverträge, Bereinigung verschiedene Vertrags- und Rechtsverhältnisse (**Mitgliedschaft Gemeindeverbände**, Wasser, Abwasser, Strom), Analyse Tarif- und Abgabensysteme, **Analyse Zusammenführung der Rechtsordnungen** (Reglemente, Verordnungen), Analyse **Musikschule (Austrittsleistung CHF 990'000)** (Teilprojekt 1: Sachbereiche, Januar 2020, S. 30), etc.

<sup>4)</sup> «Damit die Fusionsfolgen absehbar sind und insbesondere die auf Grund der Universalsukzession an die **neue Gemeinde übergehenden finanziellen und anderweitigen Verpflichtungen abgeschätzt werden können**, sind im Hinblick auf eine allfällige Fusion alle bestehenden Rechtsverhältnisse der beteiligten Gemeinden zu erheben und zu prüfen» (Teilprojekt 4: Recht, Januar 2020, S. 24 unten). «Mit Blick auf eine Fusion aber ebenso relevant sind weitere Rechtsverhältnisse (z.B. finanzielle Unterstützung ...) oder zentrale Dienstleistungsverhältnisse. ... Aufgrund der jeweiligen Grundlagen (Verträge, Statuten, Reglemente, etc.) wird sodann **jedes Rechtsverhältnis einzeln eingehend zu prüfen sein. ... Diese vertiefte rechtliche Prüfung wird umfangreiche Ressourcen binden.**» (Teilprojekt 4: a.a.O., Seite 25).

<sup>5)</sup> **Umsetzung Personalrechtsverhältnisse inkl. Folgekosten**, Umstellungskosten IT-Systeme, Anpassung Tarifsysteme, Aufrechterhalten von **gewissen Parallelprozessen**, 7 bis 8 Jahre im Bauwesen, vgl. Teilbericht Raumplanung und Verkehr, Januar 2020, S. 12, Ziff. 3.1.6 (Bauwesen [Baureglemente und Zonenpläne], Verkehr, Schulraumplanung, Musikschule, etc.), Umsetzung Bereinigung Vertrags- und Rechtsverhältnisse, Umsetzung Zusammenführung Rechtssysteme, etc.

<sup>6)</sup> «Die Zusammenführung der Planungsinstrumente wird eine **mehrjährige Übergangsphase** beanspruchen. ... Das Zusammenführen der Baureglemente ist ein riesiger, mit **hohen Kosten** verbundener Aufwand» (Teilbericht Raumplanung und Verkehr, Januar 2020, Seite 12, Ziff. 3.1.6).

## **Grundsatzentscheid für die Weiterführung des Fusionsprojektes bzw. Einleitung des Verfahrens**

Nach Art. 23 des Gemeindegesetzes unterliegt der Entscheid über die **Einleitung des Verfahrens** über den Zusammenschluss von Gemeinden der obligatorischen Volksabstimmung.

Es müsste demnach überlegt werden, ob nicht bereits für diesen Grundsatzentscheid (Einleitung des Verfahrens) – gleich wie es die Glarner bei ihrer Grossfusion gemacht haben (die Kosten beliefen sich nach Schätzung von Prof. Dr. Andreas Lienhard auf 2 bis 3 Mio. Franken) - eine Volksabstimmung durchzuführen ist.

Wir verlangen volle Kostentransparenz und diese fehlt beim vorliegenden Geschäft.

**Matthias Kuert (SP):** Es ist nun etwas mehr als zwei Jahre, seit die SP mit ihrer Motion den Fusionsprozess mit Bern angestossen hat. Ich weiss es noch gut, es war nämlich meine erste GGR-Sitzung. Wir haben damals etwas angestossen, von dem wir selber damals noch nicht wussten, ob die Zeit reif dafür ist. In den vergangenen zwei Jahren hat sich klar gezeigt: Die Zeit ist reif dafür, Ostermundigen ist bereit dafür.

Erfreut haben wir miterlebt wie vor einer Woche unsere Kolleginnen und Kollegen vom Berner Stadtrat ein starkes Signal ausgesendet haben. Sie haben klar ja gesagt zu Fusionsverhandlungen. Das hat uns enorm gefreut!

In Umfragen («Zukunft Stadtregion Bern: Was denken die Bürgerinnen und Bürger?» der Berner Fachhochschule vom Dezember 2019, die in Bern und Ostermundigen eine positive Einstellung hinsichtlich Fusion zeigt.) und Partizipationsgefässen - insbesondere in der vom Gemeinderat eingesetzten Begleitgruppe - hat sich gezeigt, dass die Ostermundiger\*innen wohlwollend gegenüber einer Fusion mit Bern eingestellt sind und in einem Zusammengehen viele Chancen und gute Perspektiven für Ostermundigen, aber auch für den Grossraum Bern und die Stadt Bern sehen.

Wir danken dem Gemeinderat für die intensive Arbeit in den letzten zwei Jahren an diesem Geschäft und für die gute vorgelegte Botschaft. Wir danken auch der ganzen Gesamt-Projektorganisation und den Autor\*innen der Machbarkeitsstudie, die uns mit ihrer Arbeit eine fundierte Diskussion ermöglichen.

Wir danken auf Ostermundiger Seite auch allen Personen und Organisation, die sich zum Thema Fusion eingebracht haben. Insbesondere auch der Begleitgruppe, die ich präsidieren durfte. Wir sind froh, haben wir ein solches Partizipationsgefäss.

Um es vornweg zu nehmen: Wir unterstützen die Botschaft des Gemeinderats und werden den Anträgen des Gemeinderates zustimmen. Den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion werden wir ablehnen.

Wieso? Wir sind einig mit vielen Ostermundiger\*innen in der Überzeugung, dass die Fusion bessere Entwicklungsperspektiven für beide Seiten bringt.

① Chancen

### **1. Breitere Beteiligung und Mitbestimmung der Bevölkerung**

Unser Lebensraum ist Bern (z. B. Kultur, Verkehr, weiterführende Schulen), über diesen können wir künftig mitbestimmen. Durch die Fragmentierung der Stadtregion Bern kann ein

grosser Teil der Bevölkerung heute in ihrem Lebens- und Arbeitsraum nicht oder nur teilweise mitbestimmen. Bei vielen Abstimmungen auf Gemeindeebene ist man jedoch auch dann vom Entscheid betroffen, wenn man in einer Nachbargemeinde wie Ostermundigen lebt. Hier gibt's mehr Mitbestimmung im eigenen Lebensraum.

## **2. Koordiniertes Vorgehen bei Entwicklungsfragen und Bessere Innovations- und Zukunftsfähigkeit**

Chancen bieten sich beispielsweise im Bereich der Digitalisierung oder durch eine gemeinsame Raum- und Verkehrsplanung. Der Verkehr und die Siedlungsentwicklung machen nicht an Gemeindegrenzen halt. Koordiniertes Vorgehen bei solchen Entwicklungsfragen ist wichtig: Bei der Raum- und Verkehrsplanung kann zentraler gesteuert werden, grenzüberschreitende Schulraumplanung macht Sinn, bereits vorhandene Kooperationen (wie z. B. Feuerwehr) werden einfacher.

**3. Synergien und bessere Dienstleistungen:** Grösseres Knowhow und mehr Mittel der Verwaltung führen für den gleichen Preis zu umfangreicheren Angeboten (z. B. Freifächer Schule, Schulschwimmen, Integrationsangebote, Jugendarbeit, Altersarbeit, Kitas, Gratis-Freibad, ausgebauter Gemeinwesenarbeit, wie Nachbarschaftshilfe), Partizipation an Quartierförderung.

**4. Mehr Ressourcen beim Personal:** Es ist in der Verwaltung leichter geeignete Fach- und Führungskräfte zu finden und es sind in der Verwaltung mehr Ressourcen sowie gegenseitige Unterstützung (z. B. Stellvertretungsregelungen) für das Personal vorhanden. Die Übernahme der Anstellungsbedingungen von Bern ist für die SP Bedingung und würde für das Gemeindepersonal von Ostermundigen eine klare Verbesserung bedeuten. Gute Regelungen für das Personal sind der SP wichtig.

**5. Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten** durch Grösse: Grösse/Mehr Einwohner\*innen ermöglicht mehr Einfluss gegenüber Kanton/übrigen Gemeinden

① Offene Fragen frühzeitig diskutieren:

Klar ist für die SP auch, dass es verschiedene Fragen noch zu diskutieren gilt. So z. B. wie die erweiterte Stadt und der Stadtteil Ostermundigen politisch organisiert werden sollen oder etwa wie sichergestellt wird, dass das vielfältige Vereinsleben weiter gelebt werden kann, die Bürgernähe von Dienstleistungen sicher gestellt wird oder die Grünräume in Ostermundigen erhalten bleiben.

Man soll diese relevanten Fragen offen und laufend diskutieren können im Rahmen der Fusionsverhandlungen. Dazu gehört für die SP auch, dass zu den Fragen nebst einer breiten Partizipation in der Bevölkerung auch der GGR ein Stimmungsbild abgeben kann im Lauf der Fusionsverhandlungen. Allfällige inhaltliche Differenzen sollen während des Verhandlungsprozesses ausgetragen werden können und nicht erst am Schluss bei der Volksabstimmung, wo es nur noch gilt Ja oder Nein zu sagen. Dafür sind regelmässige Rückmeldungen des GGR sinnvoll.

Es gibt in Ostermundigen keine parlamentarische Kommission wie in Bern die Agglomerationskommission, deshalb soll der ganze GGR zu relevanten Themen konsultiert werden.

Die Fraktion SP Grüne Gewerkschaften hat deshalb einen ergänzenden Antrag 3 (Bechlussesziffer Nr. 3) formuliert, der eine regelmässige Berichterstattung des Gemeinderats an den GGR und das Einholen einer Stellungnahme des GGR zu gewissen Verhandlungsthemen

vorsieht. **Unser Antrag bedeutet nicht, dass das Parlament die einzelnen „Massnahmen“ genehmigen soll.**

**Wir sind überzeugt, dass wir die positive Dynamik, welche die Fusionsperspektive ausgelöst hat nutzen sollten und mit Schwung in die Fusionsverhandlungen steigen sollten. Die Fraktion SP Grüne Gewerkschaften steht voll und ganz hinter der Aufnahme von Fusionsverhandlungen. Sie empfiehlt deshalb, die Anträge des Gemeinderates anzunehmen und auch den Ergänzungsantrag gemäss Beschlusseziffer 3.**

① Zum Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion

Es gilt klar festzuhalten, dass das Vorgehen schon lange bekannt ist, rechtlich abgeklärt (siehe Machbarkeitsstudie) und transparent dargestellt worden ist. Es mutet seltsam an, den Prozess mit juristischen Kniffen zu torpedieren. Wir empfehlen allen, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Ich möchte den **Änderungsantrag Nr. 1** für eine zusätzliche *Beschlussesziffer Nr. 3* vorstellen:

*Der Gemeinderat erstattet während den Fusionsverhandlungen dem GGR mindestens halbjährlich schriftlich Bericht. Zu definierten Verhandlungsthemen holt er die Stellungnahme des GGR ein.*

*Zu diesen Verhandlungsthemen gehören zum einen die in der GGR-Botschaft vom 17. Dezember 2020 genannten Bereiche, in denen der Gemeinderat Bestandessicherheit fordert:*

- 1. Bestandessicherheit Ortsplanungsrevision O'mundo*
- 2. Bestandessicherheit für Gemeindemitarbeitende*
- 3. Bestandessicherheit der Planungen im Öffentlichen Verkehr*
- 4. Bestandessicherheit des Energierichtplans*
- 5. Bestandessicherheit der Schulraumplanung*

*Weiter sollen auf Grund ihrer Bedeutung auch folgende Themen zur Konsultation vorgelegt werden:*

- a. Mitsprache und Partizipation der Ostermundiger Bevölkerung im fusionierten Bern und in Bezug auf den Stadtteil Ostermundigen*
- b. Politische Strukturen im fusionierten Bern (Grösse und Wahlsystem politischer Gremien)*
- c. Gestaltung des Vereins- und Quartierlebens Ostermundigens im fusionierten Bern*
- d. Angebote und Dienstleistungen für die Bevölkerung mit Berücksichtigung der Bürgernähe*
- e. Anstellungsbedingungen des Gemeindepersonals heute und im fusionierten Bern und Verfahren zur Angleichung der Anstellungsbedingungen und für die Gewährleistung der Besitzstandsgarantien*

① Begründung

Trotz der positiven Grundstimmung gegenüber einer Fusion mit Bern wirft ein möglicher Zusammenschluss naturgemäss auch Fragen auf. Die relevanten Fragen sollen laufend diskutiert werden können, um allfällige Anpassungen im Rahmen der Fusionsverhandlungen vornehmen zu können. Deshalb ist es sinnvoll, vor Weichenstellungen den GGR einzubeziehen. Allfällige inhaltliche Differenzen sollen während des Verhandlungsprozesses ausgetragen werden können und nicht erst am Schluss bei der Volksabstimmung, wo es nur noch gilt Ja oder Nein zu sagen. Dafür sind regelmässige Rückmeldungen des GGR sinnvoll, auch nebst einer breiten Partizipation der Bevölkerung.

Die Konsultation soll strukturiert und auf Basis der erwähnten schriftlichen Berichterstattung erfolgen. Die genaue Form der Konsultation lässt der Antrag bewusst offen. Dies kann eine Debatte im Rahmen eines Traktandums an den GGR-Sitzungen sein. Es steht dem Gemeinderat aber auch frei, eine andere Form, wie zum Beispiel die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission, zu wählen.

**Cédric Luyet (GLP):** Heute Abend entscheiden wir im Parlament über die Aufnahme der Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern. Die Machbarkeitsstudie hat bereits Hinweise aufgezeigt, dass sich eine allfällige Fusion für die Gemeinde Ostermundigen lohnen könnte. Doch wir können erst am Schluss der Fusionsverhandlungen, wenn alle Karten auf den Tisch liegen, nüchtern analysieren ob sich eine Fusion mit der Stadt Bern lohnt oder nicht. Aus der Diskussion ergeben sich drei Möglichkeiten:

1. Sich als Fusionsgegner outen - als dann ist der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion zu unterstützen. Wie der Vorredner bereits erwähnt hat, ist der Rückweisungsantrag für Fusionsgegner gemacht.
2. Der Gemeinderat soll im Sinne des Grosse Gemeinderates die Verhandlungen aufnehmen, und am Schluss entscheiden wir uns anhand des Resultates (= passive Haltung). Das Geschäft könnte sich wie die Behörden- und Verwaltungsreform in die Länge ziehen und das Resultat fällt am Schluss nicht zufriedenstellend aus.
3. Die Fusionsverhandlungen aufnehmen - der GGR resp. die Legislative nimmt seine Verantwortung wahr und nimmt aktiv am Prozess teil bzw. unterstützt und leitet den Gemeinderat in den wichtigen Punkten.

Wir möchten die Fusionsverhandlungen aufnehmen. Die GLP/BDP-Fraktion entscheidet gerne anhand von Fakten und ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und in den wichtigen Teilbereichen der Fusion mitentscheiden. Wir werden den Änderungsantrag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion unterstützen.

**Martina Wagner (EVP):** Wir können zum jetzigen Zeitpunkt nur grob erfassen, welches die Vor- und Nachteile einer Fusion Bern/Ostermundigen konkret bedeuten. Um die Folgen für Ostermundigen bessere abschätzen zu können und um keine Chance zu verpassen, werden wir als EVP/CVP-Fraktion dem Kredit für die Fusionsverhandlungen zustimmen. Ausserdem ist es uns wichtig, dass bei so wichtigen Entscheidungen letztendlich das Volk darüber abstimmen darf; aber erst dann, wenn die ganze Organisation feststeht.

- Wir haben noch eine Frage an die SVP-Fraktion:

Wenn der eingeschlagene Weg gesetzlich nicht gangbar ist, müsste vom Gemeinderat eine Auskunft über die Zulässigkeit des eingeschlagenen Prozesses gemacht werden. Sind wir gesetzlich auf dem richtigen Weg?

**Christian Zeyer (SP):** Was halte ich hier in der Hand? Wer weiss was das ist? Es ist mein Handy!

Hätte ich die gleiche Frage vor 15 Jahren gestellt, dann hätte niemand hier im Parlament eine Antwort gekannt. Damals als Steve Jobs<sup>7)</sup> mit den Forschungsarbeiten begann, und er von Anfang an die Kosten dafür die Erfindung hätte bekannt geben sollen, dann hätten wir wohl heute noch kein Handy zur Verfügung. Ob gut oder nicht, das sei dahingestellt. Die Tatsache ist die, wenn wir das Geld nicht heute ausgeben, um bei der Entwicklung einen Schritt vorwärts zu gehen, dann werden wir die Fusion nie erreichen.

Das Gleiche gilt für die Beantwortung der Anliegen der SVP-Fraktion. Es ist richtig, dass es ein Trennungsverbot gibt. Zu diesem habe ich bereits hier im Parlament Bezug genommen. Es verstösst klar gegen die Regeln, eine Aufteilung zu machen. Aber bei etwas, was nicht zum Voraus klar ist, was es letztendlich Kosten wird, ist es ganz klar, dass das Zerstückelungsgebot nicht angewendet werden kann. Der Vorstoss der SVP-Fraktion macht keinen Sinn und ich bitte euch, diesen abzulehnen.

**Colette Nova (SP):** Zum rechtlichen Aspekt hat sich bereits der Vorredner Christian Zeyer (SP) geäussert.

Ich bin schon seit längerer Zeit in gewissen Rollen involviert. Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion gleicht einem "Buebetrickli" - von diesem können wir auch hier sprechen. Mit der "Fusion" resp. deren Versuchsmöglichkeiten müssen wir uns auseinandersetzen. Damit wir uns eine Meinung machen können (pro oder contra Fusion), müssen alle Fakten vorhanden sein. Wir haben bereits einige Abklärungen gemacht. Zu welchen Fakten gehören die Verträge? Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Gemeinden Ostermundigen und Bern müssen sich ein klares Bild machen können. Selbstverständlich kann am Schluss auch mit "Nein" abgestimmt werden. Aber bitte erst nach "en conaissance de cause". Es lohnt sich durchaus, jetzt dem "Buebetrickli" nicht stattzugeben.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Ich möchte mich kurz fassen: Ob der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion ein "Buebetrickli" ist, möchte ich offen lassen.

Wer ganz klar für eine Fusion ist, war bereits vor der heutigen Sitzung klar und wer gegen eine Fusion ist, war ebenfalls bereits vor der Sitzung klar. Ob die Zeit für eine Fusion gekommen ist, entscheiden letztendlich nicht wir Parlamentsmitglieder sondern der Souverän.

---

<sup>7)</sup> Wikipedia: Steven „Steve“ Paul Jobs (\* 24. Februar 1955 in San Francisco, Kalifornien[1]; † 5. Oktober 2011 in Palo Alto, Kalifornien[2][3]) war ein US-amerikanischer Unternehmer. Als Mitgründer und langjähriger CEO von Apple Inc. gilt er als eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Computerindustrie.

Ganz klar noch nicht Zeit ist es für das Projekt "Gross Bern" - alle Gemeinden, welche beim Projekt "Kooperation Bern (KoBe)" mitgemacht haben, haben sich elegant zurückgezogen und daran ändert sich auch am 21. März nichts mehr.

**Christian Zeyer (SP):** Ich möchte darauf hinweisen, dass ihr mit eurem Vorschlag die Luft aus dem Ballon gelassen habt. Wenn wir entscheiden wollen, dann muss für eine Entscheidung die Basis der Grundlagen vorhanden sein, und nicht auf dem heutigen Wissensstand. Wenn wir euren Rückweisungsantrag gutheissen, müssen wir bereits jetzt die Fusion durchführen, damit wir darüber entscheiden können. Dieses Vorgehen macht absolut keinen Sinn.

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** Ich möchte zuerst über die beiden Anträge berichten, welche dem Parlament zum Entscheid vorliegen:

#### 1. Rückweisungsantrag (und Rüge und Beanstandung) der SVP-Fraktion

##### ① Gesamtprojektbetrachtung

Die Aussage, wonach ein Gesamtprojekt als Ganzes qualifiziert und behandelt werden muss, stimmt natürlich. Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich jedoch um einen Projektierungskredit, mit welchem das Projekt "Fusion" gestartet werden soll. (Art. 58 kant. Gemeindeverordnung GV ist massgebend). Zu Beginn eines solchen Projektes kann nicht bereits der vollständige Kredit eingeholt werden, da diese Zahlen gerade eben mit den Projektierungsarbeiten zu ermitteln sind. Selbstverständlich wird bei der Einholung des Gesamtkredites dieser nun vorliegende Projektierungskredit miteinbezogen. Mit dem heutigen Antrag wird demzufolge korrekterweise die Erhöhung des Investitionskredites von bisher CHF 70'000.00 (Kompetenz Gemeinderat) auf CHF 590'000.00 (Kompetenz GGR) transparent dargestellt.

##### ① Trennungsverbot (Art. 102 GV)

Bei jedem Projekt wird vorerst ein Projektierungskredit eingeholt und anschliessend der Ausführungskredit (Bsp. Schulhaussanierung: Projektierungskredit [Erarbeitung Projekt und Kosten] und anschliessend Ausführungskredit [inkl. bisherige Projektierungskosten]).

##### ① Einheit der Materie (Verbot der Zusammenrechnung Art. 103 GV)

Mit der vorliegenden Vorlage werden keine Ausgaben zusammengerechnet, welche nicht zueinander in einer sachlichen Beziehung stehen.

##### ① Transparenz (Art. 58 GV)

Art. 58 kant. Gemeindeverordnung verlangt die finanzielle Transparenz bei Beschlüssen. Mit dem vorliegenden Antrag wird dieser Bestimmung voll und ganz Folge geleistet, der Antrag ist transparent. In der vorliegenden GGR-Botschaft, Seite 19, Absätze nach der Liste der Kapitalfolgekosten wird auf die Thematik der Folgekosten nach dem Volksentscheid im Jahr 2023 transparent aufmerksam gemacht. Diese Folgekosten können zum heutigen Zeitpunkt nicht beziffert werden und müssen/werden in Phase 2 (ab Januar 2021) ermittelt werden.

① Geschätzte Konsolidierungskosten

Diese können so stimmen, aber zum heutigen Zeitpunkt kann hier unmöglich eine seriöse Aussage gemacht werden. Aus diesem Grunde wurde in der Botschaft darauf hingewiesen, aber nicht näher beziffert.

① Kompetenz Grundsatzentscheid

Diese Frage wurde bereits im Oktober 2019 in Zusammenarbeit mit dem Koordinator Gemeindereformen des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) geklärt. Nachfolgend seine Ausführungen:

*Die Zuständigkeit für den «Grundsatzentscheid» (Entscheid über Weiterführung der Fusionsverhandlungen gestützt auf Machbarkeitsstudie) liegt mit Blick auf die GO Ostermundigen grundsätzlich beim Gemeinderat (Exekutive). Die besprochene und bereits kommunizierte Absicht, diesen Entscheid dem Grossen Gemeinderat Ostermundigen zu unterbreiten, ist ein politischer Entscheid.*

*Die Rechtsgrundlage für den eigentlichen Fusionsentscheid (kommunaler Schlussentscheid) bildet Art. 23 des kant. Gemeindegesetzes. Der Begriff in Art. 23 Abs. 1 Buchstabe e) kann verwirren: Mit «Einleitung des Verfahrens (...) über den Zusammenschluss...» ist der kommunale Schlussentscheid der Stimmberechtigten gemeint, welcher anschliessend dem Kanton zur Genehmigung unterbreitet wird.*

Zum damaligen Zeitpunkt war der Projektkredit nicht Bestandteil dieser Auskunft. In der Zwischenzeit sind die Projektierungskosten für die Aufnahme von Fusionsverhandlungen bis Ende 2023 ermittelt worden. Die Höhe der beantragten Projektkosten von CHF 590'000.00 liegt gemäss Art. 57 Abs. 1 Bst. c Gemeindeordnung abschliessend in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates.

Im Teilprojekt 4 "Recht" des Schlussberichtes wird explizit erwähnt, dass die Finanzkompetenz grundsätzlich dem Gemeinderat zusteht. Der Gemeinderat ist jedoch einstimmig überzeugt, dass dieser wegweisende Entscheid vom Parlament getragen werden muss, zumal der Anstoss dieses Fusionsgeschäftes von Seiten GGR vorgenommen worden ist (siehe dazu auch meine Aussagen im GPK-Protokoll vom 9. Dezember 2020; Traktandum Nr. 244).

**Fazit**

1. Die Einheit der Materie wird im vorliegenden Geschäft nicht verletzt.
2. Die Transparenz ist mit der vorliegenden Botschaft gegeben.
3. Das Trennungsverbot wird nicht verletzt.
4. Die Kompetenz betreffend Aufnahme von Fusionsverhandlungen liegt grundsätzlich beim Gemeinderat. Die Finanzkompetenz für den Projektkredit obliegt dem GGR.

Diese Stellungnahme und Fazit sind mit Frau Beatrice Nobel-Zbinden, Juristin Muri BE, und Frau Monique Schürch, Juristin AGR Bern, besprochen worden und beide bestätigen diese Aussagen.



## 2. **Änderungsantrag Nr. 1** der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion

Die Aufzählung der fünf zentralen Punkte hat der Gemeinderat bereits am 21. August 2020 hier im Tellsaal vorgestellt. Weiter werden 11 Vertiefungsthemen vom Gemeinderat abgearbeitet. Der Gemeinderat hat dafür bereits die finanziellen Mittel eingestellt. Der Gemeinderat hat noch nicht entschieden, in welchem "Gefäss" der GGR hier mitmachen soll. Das Parlament wird von Seiten Gemeinderat mit Sicherheit aktiv in den Geschäftsprozess miteinbezogen. Der Gemeinderat wird jeweils schriftlich über den Zwischenstand orientieren. In diesem Prozess braucht es nicht nur die Politik: auch das Gewerbe, die Vereine und vor allem die Bevölkerung müssen mit ins Boot geholt werden.

→ Der Gemeinderat kann den Änderungsantrag gutheissen.

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wird ein Time Out gewünscht?

Ich möchte das Abstimmungsprozedere bekannt geben. Pardon es liegt noch eine Wortmeldung vor.

**Silvia Fels (EVP):** Ich möchte eine klare Antwort vom Gemeindepräsidenten: Ist der Gemeinderat bereit, das Geschäft mit oder ohne Änderungsantrag Nr. 1 der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion auszuführen? Der Gemeinderat ist in jedem Fall gewillt, die vorhin erwähnten Partner in den Bearbeitungsprozess miteinzubeziehen - oder ist ein "Befehl" notwendig?

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** Der Auftrag wird mit dem Änderungsantrag Nr. 1 klarer für den Gemeinderat. Ich kann im Moment noch nicht abschliessend bekannt geben, welches das Hauptgefäss ist. Bis dato hat sich die Begleitgruppe bewährt. Vom Prozess her ist es sinnvoll, wenn diese beibehalten werden kann. Der Entscheid liegt letztendlich beim Parlament, wie das Geschäft weiter erarbeitet werden soll.

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich stelle das Abstimmungsprozedere vor:

1. Der Rückweisungsantrag wird dem GR-Antrag gegenübergestellt.
2. Über den Änderungsantrag Nr. 1 der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion wird abgestimmt.

**Colette Nova (SP):** Meines Erachtens müssen wir zuerst über das "Eintreten" abstimmen. Nachher stellt sich die Frage einer allfälligen Rückweisung. Nach dem "Eintreten" wird mit der Rückweisung das Geschäft zurück an den Absender geschickt, mit dem Auftrag das Geschäft nochmals zu überarbeiten. Ohne Rückweisung kann über den Änderungsantrag abgestimmt werden. Rückweisung heisst retour.

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Colette, auf welche Rechtsgrundsätze stützt du deine Aussage ab? Ich schlage ein strukturiertes Vorgehen vor.

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** Ganz kurz: Wir hatten vor ganz langer Zeit in der Gemeindeordnung das "Eintreten" resp. nicht "Eintreten" geregelt gehabt. Dieser Sachverhalt existiert heute in der Gemeindeordnung nicht mehr.

Es liegen zwei Anträge vor und das vom Ratspräsidenten vorgeschlagene Vorgehen ist korrekt. Zuerst ist über den Rückweisungsantrag und anschliessend über den Änderungsantrag abzustimmen. Wichtig ist die Schlussabstimmung.

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Die Gemeindeschreiberin, Barbara Steudler, hat uns die Abstimmungsprozedere in diesem Jahr erklärt. Über jeden Antrag ist abzustimmen. Im "Handbuch für GGR-Mitglieder" (Register #7) wird das Abstimmungsprozedere abgebildet.

Wir nehmen die Abstimmungsprozedere nach Artikel 39 der GO GGR vor, d. h. wir stimmen

1. Der Rückweisungsantrag wird dem GR-Antrag gegenübergestellt.
2. Über den Änderungsantrag Nr. 1 der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion wird abgestimmt.

→ Seid ihr mit dem dargelegten Vorgehen einverstanden?

### **Abstimmung**

Der **Rückweisungsantrag** der SVP-Fraktion wird mit 27 zu 7 Stimmen **abgelehnt**.

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Der Änderungsantrag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion für eine zusätzliche Beschlusseziffer Nr. 3 lautet wie folgt:

*Der Gemeinderat erstattet während den Fusionsverhandlungen dem GGR mindestens halbjährlich schriftlich Bericht. Zu definierten Verhandlungsthemen holt er die Stellungnahme des GGR ein.*

*Zu diesen Verhandlungsthemen gehören zum einen die in der GGR-Botschaft vom 17. Dezember 2020 genannten Bereiche, in denen der Gemeinderat Bestandessicherheit fordert:*

- 1. Bestandessicherheit Ortsplanungsrevision O'mundo*
- 2. Bestandessicherheit für Gemeindemitarbeitende*
- 3. Bestandessicherheit der Planungen im Öffentlichen Verkehr*
- 4. Bestandessicherheit des Energierichtplans*
- 5. Bestandessicherheit der Schulraumplanung*

*Weiter sollen auf Grund ihrer Bedeutung auch folgende Themen zur Konsultation vorgelegt werden:*

- a. Mitsprache und Partizipation der Ostermundiger Bevölkerung im fusionierten Bern und in Bezug auf den Stadtteil Ostermundigen*
- b. Politische Strukturen im fusionierten Bern (Grösse und Wahlsystem politischer Gremien)*
- c. Gestaltung des Vereins- und Quartierlebens Ostermundigens im fusionierten Bern*
- d. Angebote und Dienstleistungen für die Bevölkerung mit Berücksichtigung der Bürgernähe*
- e. Anstellungsbedingungen des Gemeindepersonals heute und im fusionierten Bern und Verfahren zur Angleichung der Anstellungsbedingungen und für die Gewährleistung der Besitzstandsgarantien*

In der GGR-Botschaft wird die Beschlusseziffer Nr. 3 neu zur Beschlusseziffer Nr. 4.

### **Abstimmung**

Der **Änderungsantrag** der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion wird mit 33 zu 4 Stimmen **angenommen**.

## Schlussabstimmung

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Die Mitglieder des Grossen Gemeinderates fassen mit 30 zu 0 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) den folgenden

### B e s c h l u s s

1. Die Aufnahme von Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern und allfälligen weiteren Gemeinden, welche sich bis zum 31. März 2021 ihrerseits für die Aufnahme von Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern entscheiden, wird beschlossen.
2. Für die Entscheidphase bis Ende 2023 (d. h. bis und mit Volksabstimmung), namentlich für die Erarbeitung eines Fusionsvertrages, wird die Erhöhung des Investitionskredites „Kooperation Bern“ um CHF 520'000.00 auf CHF 590'000.00 (inkl. MwSt.) genehmigt.
3. Der Gemeinderat erstattet während den Fusionsverhandlungen dem GGR mindestens halbjährlich schriftlich Bericht. Zu definierten Verhandlungsthemen holt er die Stellungnahme des GGR ein.

Zu diesen Verhandlungsthemen gehören zum einen die in der GGR-Botschaft vom 17. Dezember 2020 genannten Bereiche, in denen der Gemeinderat Bestandessicherheit fordert:

1. Bestandessicherheit Ortsplanungsrevision „O'mundo“;
2. Bestandessicherheit für Gemeindemitarbeitende;
3. Bestandessicherheit der Planungen im Öffentlichen Verkehr;
4. Bestandessicherheit des Energierichtplans und
5. Bestandessicherheit der Schulraumplanung

Weiter sollen auf Grund ihrer Bedeutung auch folgende Themen zur Konsultation vorgelegt werden:

- a. Mitsprache und Partizipation der Ostermundiger Bevölkerung im fusionierten Bern und in Bezug auf den Stadtteil Ostermundigen
  - b. Politische Strukturen im fusionierten Bern (Grösse und Wahlsystem politischer Gremien)
  - c. Gestaltung des Vereins- und Quartierlebens Ostermundigens im fusionierten Bern
  - d. Angebote und Dienstleistungen für die Bevölkerung mit Berücksichtigung der Bürgernähe
  - e. Anstellungsbedingungen des Gemeindepersonals heute und im fusionierten Bern und Verfahren zur Angleichung der Anstellungsbedingungen und für die Gewährleistung der Besitzstandsgarantien
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschluss beauftragt.

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** Erlaubt mir eine Bemerkung zum Entscheid des GGR. In der Machbarkeitsstudie wird erwähnt, dass die Gemeinde Ostermundigen in einigen Bereichen bereits heute gut arbeitet. Diese Machbarkeitsstudie ist ein ganz wichtiger Teil der vorliegenden Botschaft. Mit der Machbarkeitsstudie wird auch die externe Perspektive auf Ostermundigen gerichtet.

**Fazit:** Wir lösen unsere Aufgaben bis dato nicht schlecht.

In der Machbarkeitsstudie wird erwähnt, dass die Kooperationen unter den Gemeinden ausgereizt seien. Der nächste Schritt ist die Fusion. Eine Fusion ist gestaltbar. Dies ist der zentrale Punkt und wir sind in den nächsten zweieinhalb Jahren stark gefordert sein, zu gestalten und das Beste für die Bevölkerung zu erreichen. Christoph Leiser (FDP) hat in seinem Votum schön erklärt: "Wie gehen zusammen auf einen Weg". Dieser Weg geht nicht nur flach und geradeaus. Oftmals wird der Weg zu einer Gratwanderung. Ich freue mich, dass wir diesen Weg zusammen und gemeinsam begehen resp. gestalten können.

*"Der Beste Weg die Zukunft voraus zu sagen, ist sie zu gestalten."*

Willy Brand, Altbundeskanzler der BRD

**Ratspräsident:** Ich schlage nun eine Lüftungspause vor. → Bitte dem Sicherheits- und Schutzkonzept Folge leisten!

----- 20 minütige (Lüftung)Pause -----

10.0.11 Reglemente Gemeinde  
10.22.0.14 Ortsentwicklung

### **351. Kantonale Verordnung über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen (BMBV): Aufhebung von Baulinien und Bereinigung von Waldgrenzen; Beschlussfassung**

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

**Sandra Löhner (CVP):** Die EVP/CVP-Fraktion hat die sehr umfangreichen Unterlagen studiert. Dies bedingte einen grossen zeitlichen Aufwand. Uns ist aufgefallen, dass die Korrekturen im Gemeindebaureglement (rot und grün eingefärbt) nicht einfach zu verstehen sind. Wir haben uns gefragt, ob nicht noch Anpassungen notwendig sind, z. B. bei technischen Dachaufbauten. Ich habe vorgängig noch Kontakt mit der Departementsvorsteherin Hochbau aufgenommen. Sie hat mir versichert, dass im Moment die Anpassungen der Begriffe im Fokus stehen. Die üblichen Anpassungen werden erst nach der anstehenden Ortsplanungsrevision vorgenommen. Deshalb werden wir dem Geschäft in der vorliegenden Version zustimmen.

**Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Das Geschäft wird vor allem vom Kanton gefördert resp. subventioniert. Mit der klaren Definition der Baulinien wird eine Vereinfachung erwirkt. Vor allem bei den Tiefbauarbeiten wird es eine Verbesserung geben. Ich hoffe, dass wir diesem Geschäft zustimmen werden.

**Christian Zeyer (SP):** Auch die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion hat sich durch die umfangreichen Dokumente gekämpft. Dabei handelt es sich hauptsächlich administrativ um ein prozedurales Geschäft. Von uns ist kein Widerspruch zu erwarten.

- ① Einige von uns haben sich geärgert darüber, dass lediglich die Botschaft in Papierform abgegeben worden ist und die umfassenden Beilagen nur elektronisch zur Verfügung standen.
- ① Der Vernehmlassungsbericht des Kantons hat viele Korrekturen, welche bereits beim Überprüfen des Dokumentes hätten eliminiert werden können.
- ① Wir hoffen, dass andere Geschäfte inskünftig sorgfältiger bearbeitet werden.

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Liegen noch weitere Wortmeldungen vor?

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** Besten Dank für die Feedbacks und Hinweise. Elektronischer Versand (nur mittels Link)

- ① Wir werden inskünftig sämtliche Unterlagen dem Parlament auch in Papierform zur Verfügung stellen.

Vorbericht des Kantons

- ① Es ist schlecht, dass bereits im Vorfeld nicht alle Punkte sauber abgearbeitet werden konnten. In den Unterlagen war auch das Protokoll mit dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) nachlesbar.

**Colette Nova (SP):** Ich hatte keine Freude am Vorgehen der Verwaltung. Es ist nicht korrekt, dass den Parlamentsmitgliedern, welche die Unterlagen in Papierform wünschen, dass das zu genehmigende Reglement nicht zusammen mit der Botschaft mitgeliefert wird. Das ist ein seltsames Demokratieverständnis. Nicht alle Parlamentsmitglieder haben zuhause einen Farbdrucker zum Gebrauch.

→ **Bitte, im Minimum sind die zu genehmigenden Unterlagen in Papierform zu versenden! Die umfangreichen Zusatzberichte können allenfalls weggelassen werden.**

Noch eine Anmerkung zu Artikel 44 Absatz 1 - Textkorrektur:

- ① ... Gebäuden mit Satteldach lediglich auf den *Traufseiten* ... - ich habe nicht gewusst, dass wir Parlamentsmitglieder nun auch noch Täufer sind.

----- **Gelächter bricht aus** -----

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 35 zu 0 Stimmen (einstimmig) den folgenden

### **B e s c h l u s s**

1. Die Anpassungen im Baureglement aufgrund der kantonalen Verordnung vom 25. Mai 2011 über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen und die Aufhebung der erwähnten Baulinien werden beschlossen.
2. Der Zonenplan Waldfeststellung (Teile „Nord“ und „Süd“) wird beschlossen.
3. Der Erläuterungsbericht und der Plan mit den aufzuhebenden Baulinien im Massstab 1:5'000 (orientierend) werden zur Kenntnis genommen.
4. Die Beschlusseziffern Nr. 1 und 2 unterliegen dem fakultativen Referendum.

40.1.31 Tram Bern Ostermundigen

### **352. Tram Bern/Ostermundigen: Verkehrsmanagement; Genehmigung eines Investitionskredits**

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Thulani Thomann (SP):** Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Wir bedanken uns für die ausführlichen Unterlagen, welche die Situation bzw. das Geschäft sehr gut darstellen.

**Myriam Zürcher (EVP):** Das „Tram Bern/Ostermundigen“ ist ja nicht ein Novum für die Region Bern. So haben die Bauherren von Bern bereits mit mehreren Trambauprojekten im Grossraum Bern viele Erfahrungen gesammelt. Deshalb macht es durchaus Sinn, dass sie die Erfahrungen auch auf Ostermundigen Boden nutzen können.

Die EVP/CVP-Fraktion wird den vorliegenden Investitionskredit genehmigen.

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

#### **B e s c h l u s s**

Tram Bern Ostermundigen; Verkehrsmanagement: Zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto Nr. 440.5010.81) wird für die Bauherrenunterstützung durch die Stadt Bern ein Investitionskredit von CHF 370'000.00 inkl. MwSt. bewilligt.



10.3.72 Motionen  
20.1.51 Erhebungen und Statistiken

### **353. Überparteiliche Motion betreffend Finanzen der Gemeinde Ostermundigen: Analyse, Strategie und Prozesse; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich der Erstunterzeichner zur Berichterstattung äussern.

**Oliver Tamàs (GLP):** Die Motion nahm einen etwas speziellen (Um)weg und hat einigen Wirbel ausgelöst. Sie stammt vom 19.12.2019 und entstand aufgrund der Budgetdebatte 2020. Damals wurden gleich vier überparteiliche Motionen zu Finanzthemen eingereicht, wobei wir unterdessen drei davon behandelt hatten.

Die nun zu beratende Motion umfasst fünf Fragestellungen, welche zum Teil bereits in den anderen Motionen bearbeitet und beantwortet wurden. Ich möchte nicht mehr vertieft darauf eingehen.

Auch auf die einzelnen Punkte der Zusammenarbeit zwischen Finanzkommission und Departementsvorsteher möchten wir hier nicht mehr vertiefen. Für uns ist es einfach wichtig, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen Departement und Kommission stattfindet. Ebenso wichtig erscheint es uns, weiterhin eine kompetente externe Unterstützung zur Erarbeitung der Finanzstrategie und die Begleitung der Budgetprozesse zu haben.

Bei dieser Motion ging es nie darum, viel Wirbel bzw. der Zusammenarbeit Finanzkommission <--> Gemeinderat auszulösen, sondern um die fachliche Auseinandersetzung zentraler Finanzthemen wie Kennzahlen, Strategie, Investitionsplanung und Budgetierung, damit wir nicht am falschen Ort sparen.

Wir bedanken uns daher beim Gemeinderat für die detaillierte Beantwortung der Anliegen. Für uns ist die Motion als erledigt zu betrachten.

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

#### **B e s c h l u s s**

Die überparteiliche Motion betreffend "Finanzen der Gemeinde Ostermundigen: Analyse, Strategie & Prozesse" wird erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

10.3.72 Motionen

### **354. Volksmotion betreffend "Wir brauchen einen Quartiertreff - für eine lebendige Nachbarschaft"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat**

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich die Erstunterzeichnerin zur Berichterstattung äussern. Frau Aeschbacher ist heute Abend verhindert. Somit kann der Mitunterzeichner, Herr Sacha Dähler, die Volksmotion begründen. Herzlich Willkommen Herr Dähler.

**Zweitunterzeichner Sascha Dähler:** Ich vertrete heute die Erstunterzeichnende, welche leider verhindert ist und natürlich vor allem die 188 Personen, welche die vorliegende Volksmotion unterschrieben haben. Ein Teil davon wird sicher heute per Live Stream zugeschaltet sein.

Als wir vor gut drei Jahren ins Oberfeld gezogen sind, informierte beim Quartiereingang ein **grosses Schild** stolz darüber, dass hier **Wohn- und Lebensraum für 1300 Menschen** entsteht: Ein modernes Quartier, ein grosser Wurf - und vor allem eine **Chance** für Ostermundigen, **neue und potente Steuerzahler** anzuziehen.

Dieses Schild stand sinnigerweise genau dort, wo heute Kindergärten provisorisch in farbigen Containern untergebracht sind. Die Kindergartenprovisorien stehen sinnbildlich dafür, dass bereits einmal **grundlegende Bedürfnisse** bestehender und neuer Anwohner verschlafen wurde: man wollte mit einer attraktiven Überbauung Familien anziehen und hat dabei den **Schulraum** für deren Kinder vergessen!

Heute bietet sich die Chance, nicht erneut an grundlegenden Bedürfnisse **urbaner Menschen** vorbeizuplanen und bauen. Dem Bedürfnis nämlich, nach einem **Ort des Miteinanders und des Austauschs** in einem modernen und zukunftsweisendem Quartier in verdichteter Bauweise.

Die Kindergartenprovisorien stehen aber auch dafür, dass Ostermundigen sehr wohl fähig ist, **pragmatische und innovative Lösungen** zu finden. Genau dieser pragmatische und innovative Geist ist auch jetzt, wenn es um einen Quartiertreff für diese 1'300 Menschen geht, meine Damen und Herren.

**Gemeinschaftsräume** in Siedlungen mit verdichteter Bauweise sind ein echtes Bedürfnis, dies zeigt:

- Die Anzahl Personen, welche die Volksmotion unterschrieben haben (188).
- Ein Blick auf die **Websites anderer Überbauung**, die dort im Wettbewerb um potente Zuzüger sehr aktiv damit werben: Das Viererfeld, die Siedlung Holliger (ehemals Warmbächli), das Tramdepot (Bärn Ost), Stöckacker Süd, um nur einige zu nennen.

Das hat ja auch die Gemeinde früh erkannt, war doch in der ersten Überbauungsordnung explizit Raum für öffentliche Nutzung - eben einem Quartiertreff - vorgesehen. Dieser Passus fehlt jetzt leider.

Und er wird auch potenziellen Neuzuzügern fehlen. Neue potente Steuerzahler werden kaum mit dem Argument ins Oberfeld angezogen werden können, dass es dort keine Gemeinschaftsräume hat, weil auch andere Quartiere in Ostermundigen keine solche haben. Sie werden einfach dorthin ziehen, wo solche Angebote bestehen.

Der Gemeinderat hat ja selbst festgestellt, dass es bisher nur bedingt gelungen ist, im Oberfeld potente Steuerzahler anzuziehen. Das sollte Ansporn genug sein, das Quartier mit Überzeugung weiterzuentwickeln, um die Nase im Wettbewerb um Neuzuzüger wieder vorne zu haben. Es wurde nämlich bis jetzt vieles richtig gemacht im Oberfeld, warum also auf halbem Weg stehen bleiben?

Es ist hinlänglich bekannt, dass die Gemeindefinanzen klamm sind und dass daraus der Druck entsteht, nachhaltige und innovative Angebote im Bereich des verdichteten Wohnens **kurzfristigen** finanziellen Interessen und Nöten zu opfern.

Mit der Volksmotion besteht nun die Chance, den Standort Oberfeld nachhaltig zu entwickeln.

- Im Interesse der bestehenden Bewohner. **Wir wollen im Oberfeld nicht einfach Nebeneinander, sondern wir wollen Miteinander leben!** Dazu braucht es auch eine entsprechende Infrastruktur.
- Im Interesse der ganzen Gemeinde, wenn es darum geht, ein attraktiver Wohn- und Lebensraum für Neuzuzüger\*innen zu sein.

Es gibt im Oberfeld viele Menschen, die bereit sind, Verantwortung und Engagement zu übernehmen, um gemeinsam pragmatische Lösungen betreffend Quartiertreff umzusetzen. Das zeigt auch die Gründung des Vereins «Lebendiges Oberfeld». Engagierte Nachbar\*innen und Bürger\*innen sind die Grundlage einer funktionierenden Gemeinwesens, einer funktionierenden Gemeinde.

Ohne Annahme der Volksmotion bleibt dem Gemeinderat nichts anderes übrig, als die Anwohner im Oberfeld weiterhin mit leeren Absichtserklärungen zu vertrösten - wie er das seit Jahren macht. Mit entsprechenden Überbauungsordnungen, die dann wieder geändert werden oder wie in seiner Antwort auf die Volksmotion mit Lösungen, die finanziell nicht umsetzbar sind, oder die erst gegen Ende der zwanziger Jahre realisierbar sind.

Aus Sicht der Bewohner des Oberfelds gleicht das Ganze einem politischem Tantra Spiel, mit einem endlos langem Vorspiel, ohne je zu einem Abschluss zu kommen.

Mit der Annahme der Volksmotion ergibt sich heute die Chance, einen mutigen und zukunftsorientierten Entscheid zu treffen, der sich längerfristig auszahlen wird und das Oberfeld als modernes Quartier positioniert, welches alles bietet, um in Zukunft urbane Familien und potente Steuerzahler wirkungsvoll anziehen zu können. Davon profitiert nicht nur das Oberfeld, davon profitiert ganz Ostermundigen!

In diesem Sinne bitte ich euch Ratsmitglieder, die von 188 unterzeichnete Volksmotion erhebllich zu erklären - vielen Dank.

**Lara Larissa Schneiter (SVP):** Bei der vorliegenden Volksmotion handelt es sich aus Sicht der SVP-Fraktion um ein klassisches Partikularinteresse. Wir wissen nicht, was den Leuten des Quartiers ursprünglich versprochen, was gehalten und was gebrochen wurde.

Fest steht für uns aber, dass es nicht die Aufgabe der Gemeinde sein kann, einen Quartiertreff zu errichten. Denn die Gemeinde soll Strukturen schaffen, von der die gesamte Bevölkerung gleichermassen profitieren kann. Sprich: Sportplätze, Spielplätze, Jugendtreffs oder ähnliches. Wo würden wir hinkommen, wenn jedes Quartier den Anspruch stellen würde, die Gemeinde solle für die Attraktivität von diesem sorgen?

Meine Damen und Herren, es liegt im Aufgabenbereich der Quartierbewohner, sich selber zu organisieren, wenn sie einen Quartiertreff haben möchten. Dies ist in einem liberalen Staat, der auf die Eigenverantwortung seiner Bürgerinnen und Bürger Wert legt, normal. Wir leben schliesslich nicht im Sozialismus.

Im Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass eine Gemeinde in dieser finanziellen Situation sich darauf konzentrieren sollte, ihre Grundaufgaben richtig erfüllen zu können. Da bleibt leider kein Spielrahmen für solche Luxusprojekte.

Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, die Motion abzulehnen. Andernfalls würde der Satz zutreffen: "Ostermundigen: Für Wenige statt für Alle". Und das wollen wir doch nun wirklich nicht.

Für die Bewohnerinnen und Bewohner des Oberfeldes wünsche ich mir, dass sie bald in Eigenverantwortung eine Lösung erarbeiten können, welche zur Zufriedenheit von allen beiträgt. Viel Erfolg!

**Christian Zeyer (SP):** Etwas ist für mich ein schräges Verständnis: Die Rolle einer Gemeinde/Stadt wenn ein Quartierzentrum als etwas aus dem "Sozialismus" bezeichnet wird. Das ist eine absurde Bemerkung! Wir müssen uns Gedanken machen zu: Was macht eine Stadt lebenswert? - Um das geht die vorliegende Volksmotion letzten Endes.

Wir sprechen von verdichtetem Bauen, zentral sein, wir wollen urban sein und je mehr wir verdichten, je mehr Personen leben zusammen. Umso mehr wird es notwendig, dass wir Angebote zur Verfügung stellen, damit die Personen in einer guten Art und Weise zusammen leben können.

Sprechen wir von Sprayereien und Vandalismus: Solche Sachen haben damit zu tun, dass die notwendigen - nicht sozialistischen - sozialen Angebote **nicht** vorhanden sind. Hier geht es darum, ein solches soziale Angebot zu schaffen.

Zu diesem Geschäft bin ich schon mehrmals an das Rednerpult getreten. Ich bin überzeugt davon, dass es für gewisse Teile der Planung wichtig ist, über solche Infrastrukturen rechtzeitig nachzudenken. Ich bin sehr froh, dass die Bewohner aus dem Oberfeld das Heft selber in die Hand genommen haben und die Volksmotion eingereicht haben. Ich bitte euch, die Volksmotion zu überweisen.

Die Geschichte vom Ganzen ist bekannt. Wir haben bereits mehrmals im Parlament über die Notwendigkeit von Quartiertreffs in verdichteten Quartieren gesprochen. In den entworfenen Überbauungsordnungen wurden die Anliegen aufgenommen. Anschliessend haben wir im Parlament die Quartiertreffs wieder fallen lassen, mit der Begründung, die Verhandlungen mit den Investoren seien einfacher zu führen. So entsteht kein gedeihliches Quartier! Ein gedeihliches Quartier entsteht dann, wenn sich die Gemeinde dafür einsetzt und die Interessen der Bewohnerschaft auch umgesetzt werden.

Aus meiner Sicht handelt es sich hier um ein Trauerspiel "Quartierzentrum Oberfeld". Die angekündigte Möglichkeit eines Quartiertreffs hat sich nicht materialisieren lassen. Es wurde von einem Ort an den anderen Ort verschoben, anstatt "Nägel mit Köpfen" zu machen. Die Wohnbaugenossenschaft Oberfeld bietet ein solches Angebot an, welches auch rege benutzt wird. Das Gebiet wird damit attraktiv gemacht.

Wir alle wollen gute Steuerzahlende nach Ostermundigen locken. Doch dies können wir nicht mit schlechten Angeboten erreichen; das ist ein schlechter "Deal" für die Gemeinde Ostermundigen.

① Zur Frage der Berechtigung eines Quartierzentrums

In Ostermundigen ist bis heute noch kein einziges Quartierzentrum entstanden. Aus Fehler der Vergangenheit sollten wir nicht nochmals solche Fehler für die Zukunft vornehmen. Es ist sinnvoll, inne zu halten und sich Überlegungen über allfällige Möglichkeiten im dichtesten besiedelten Gebiet von Ostermundigen zu machen. Bei der Erarbeitung der Überbauungsordnung "San Siro" haben wir dafür gesorgt, dass dort die Ausnutzungsziffern von ca. 1,6 eine städtische Situation ergibt. Städtische Situationen bedingen, dass auch Quartierzentren errichtet werden. Wenn keine solchen gebaut werden, folgt schon bald der Vandalismus. Das ist nicht im Interesse von Ostermundigen wie auch der Stadt Bern - falls wir irgendeinmal fusionieren sollten.

Darum ist es wichtig, dass wir der Volksmotion Gehör verschaffen und diese überweisen. Bei der Verabschiedung der Überbauungsordnung Oberfeld haben wir bereits darüber gestritten. Damals haben wir einen weitgehenden Konsens erwirkt, welcher eine Infrastruktur ähnlich eines Quartierzentrums in Gang setzen wird. Bereits damals habe ich darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, die Sachen miteinander zu verknüpfen. Erfahrungsgemäss werden politische Deals nicht über die Zeit hinweg eingehalten.

Bitte zeigt mir heute Abend, dass ich mich getäuscht habe und Ihr zum damaligen Wort steht und überweist die vorliegende Volksmotion. Ich danke euch.

**Denis Toggwiler (GLP):** Die GLP/BDP-Fraktion sieht die Motion zum Anstoss eines Quartierzentrums grundsätzlich als sinnvoll. Begegnungsorte sind für die Bevölkerung wichtig und tragen auch zur aktiven Integration bei. Aus unserer Sicht greift die Volksmotion aber zu wenig weit. Es ist ein Gesamtkonzept für die ganze Gemeinde zu erstellen und Quartiertreffs für die ganze Gemeinde sind vorzusehen.

In der Umsetzung sind jene Quartiere zu priorisieren, welche die höchste soziale Indikation aufweisen d. h. viele sozial schwach gestellte Familien, Quartiere mit erhöhtem Bedarf auf soziale Integration.

→ Ich wage zu behaupten, dass das Oberfeld nicht an erster Stelle stehen wird. Viel mehr ist an Quartiere wie Gerbestrasse, Bachstrasse, Mitteldorfstrasse, Bernstrasse etc. zu denken.

Das Oberfeld ist bereits im Genuss des Hangars in unmittelbarer Nähe. Der Hangar erfüllt alle Voraussetzungen für einen Quartiertreff. Der Hangar ist nicht nur Jugendzentrum, sondern kann auch für Anlässe von Vereinen genutzt werden (siehe Verordnung über Benützung der Räumlichkeiten).

Wir haben bereits in vorgängigen Diskussionen beliebt gemacht, keinen expliziten Prozent- oder Franken-Anteil aus der Mehrwertschöpfung dafür zu reservieren. Es darf kein Präjudiz geschaffen werden, was die Verwendung von Mehrwertabschöpfungen anbelangt.

Wir folgen somit dem Antrag des Gemeinderats und lehnen die Volksmotion ab.

**Martina Wagner (EVP):** Wir können das Votum der GLP/BDP-Fraktion unterstützen. Es trifft die Meinung der EVP/CVP-Fraktion vollumfänglich.

**Christian Zeyer (SP):** Auch bei diesem Geschäft können wir von einem "Buebetrickli" sprechen.

Also was machen wir jetzt eigentlich? Ihr sagt, im Oberfeld ist ein Quartierzentrum nicht notwendig. Dieses soll an einem anderen Standort errichtet werden. Damit wird längerfristig im dichtesten besiedelten Gebiet kein Quartierzentrum errichtet. Dieser Sachverhalt ist nicht schlau. Besser wäre es, diesen hier anzusiedeln. Die Räumlichkeiten sind nicht vorhanden. Ob das Jugendhaus langfristig an seinem heutigen Standort bleibt, scheint mehr als ungewiss. Eine lange, zukunftsfähige Lösung ist heute nicht in Sicht. Viele Gebiete möchten dieses Angebot nutzen.

- Der Vorschlag des Gemeinderates, das Land zu kaufen und anschliessend im Baurecht abzugeben, finde ich sehr zynisch.
- Der Vorschlag der GLP/BDP-Fraktion macht das Problem für die Zukunft nur noch grösser. Das ist nicht im Interesse der Gemeinde Ostermundigen!

**Lara Larissa Schneiter (SVP):** Ein Anmerkung zu den Kirchenhäuser: Es ist nicht für alle Religionen machbar. In der Botschaft wird erwähnt, dass ein vergleichbares Angebot mit dem "Rütihüsli" besteht. Dies ist aber nicht miteinander zu vergleichen.

Mein Kredo bei diesem Geschäft ist klar: Etwas für alle und nicht nur für wenige!

**Sandra Löhner (CVP):** Die Kirchenhäuser können nicht aus religiösen sondern aus Kapazitätsgründen nicht zur Verfügung gestellt werden. Das reformierte Kirchgemeindehaus ist praktisch ausgebucht (für interne wie externe Besuchende). Hier dürfte es ausserordentlich schwierig sein, einen Quartier- oder Jugendtreff zu platzieren.

**Bettina Fredrich (SP):** Die Botschaft ist ambitionslos verfasst worden. Die Entwicklung und das Zusammenleben in Ostermundigen werden nirgends in einem Bekenntnis erwähnt. Ausserdem hat die Gemeinde Ostermundigen immer noch kein "Leitbild für eine gesellschaftspolitische Entwicklung". Da steht alles auf kleinem Fuss.

Ich bin der Auffassung, dass hier im verdichteten Quartier etwas entstehen sollte. Die GLP/BDP-Fraktion und die EVP/CVP-Fraktion haben in der seinerzeitigen Diskussion erwähnt, dass das Anliegen als wichtig eingestuft werden muss. Auch der Gemeinderat war dieser Meinung. Nun da das Gleichstellungsargument (wenn schon, dann für alle) einzubringen, ist absurd.

**1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne):** Für mich gibt es zwei Aspekte.

1. Ein Quartiertreff wurde bei der Diskussion zu "San Siro" versprochen. Jetzt ist es wichtig, dass der Gemeinderat zu seinem Wort steht.
2. Es ist das Wort « Partikularinteressen » gefallen. Ich höre, das Oberfeld sei nicht der Ortsteil, der einen Quartiertreff am meisten nötig habe. Meint Ihr denn, jene (die Ratslinke) die diesen Quartiertreff unterstützen, würden anderswo keinen Treff unterstützen? Alles ganz getreu dem Motto "erzähl uns keinen Kabis".

**Dorothea Züllig von Allmen (GLP):** Vielleicht sollte dieser Antrag gestellt werden und schauen, was all die anderen machen. Als dann hätten wir alle Kosten auf dem Tisch. Quartierzentren können nicht in jedem Quartier errichtet werden. Partikularinteresse liegt dann vor, wenn ein Quartierzentrum nur in einem Quartier errichtet wird. Die Personen aus dem Gerbestrasse-Quartier ins Kirchgemeindehaus zu schicken (im Vergleich mit dem Oberfeld) ist Augenwischerei. Es leben nicht genau die gleichen Bewohner und potenten Steuerzahlenden in diesen Quartieren.

**Judith Hangartner (parteilos/Grüne):** Ich möchte mich zu wichtigen Details in der Botschaft äussern:

① Botschaft Seite 6 - Mehrwertabgabe

Der Gemeinderat entscheidet abschliessend über die Verwendung von Mitteln aus den Mehrwertabgaben. Ich möchte daran erinnern, dass in der Budget- oder Finanzplandebatte über die Verwendung der Mehrwertabgaben noch nicht Bescheid gegeben werden kann. Es sind noch Abklärungen notwendig. Es muss ein Ausgleich geschaffen werden. Für die Schaffung von Quartierzentren könnten eventuell diese Gelder verwendet werden.

Eigenartig ist, dass der Gemeinderat für die Schulraumplanung diese Gelder verwenden will. Das gehört doch zu den Grundaufgaben einer Gemeinde?

**Myriam Zürcher (EVP):** Der Vertreter der Volksmotion hat erwähnt: *Die engagierten und vernetzten BürgerInnen ...* - Wir können nicht erst engagiert und vernetzt sein, wenn ein Quartierzentrum errichtet ist. Es braucht alle persönlich. Es braucht Eigeninitiative, um mit den vorhandenen Ressourcen zu errichten. Mit wenig kann viel gemacht werden.

**Stefanie Dähler (SP):** Wir haben vom verdichteten Quartier gehört. Auf das vorgängige Votum möchte ich hinweisen, dass da nur ungefähr fünf Prozent einen Garten haben. Wir haben keinen einzigen Raum für ein Zentrum resp. einen sogenannten Quartiertreff. Es stimmt nicht, dass wir die Ressourcen nicht brauchen wollen; diese sind schlicht nicht vorhanden.

Das Angebot: Boden kaufen und selber bezahlen ist eine Illusion! Ein Versprechen an die Bevölkerung aus dem Oberfeld, wo nicht finanzierbar ist.

**Christian Zeyer (SP):** Mich stören die "Partikularinteressen": Die Aussage ist unter Berücksichtigung der abgegebenen Voten nicht fair. Die fehlenden Angebote sind Tatsache. Irrendwo müssen wir anfangen. Wir haben immer noch die Möglichkeit, mittels Mehrwertabschöpfung eine gewisse Höhe von Geldern zur Verfügung zu stellen. Die Idee der Mehrwertabschöpfung sieht u. a. vor, die Gelder für eine Aufwertung einzusetzen.

Das Votum, "die anderen haben nichts - also ist auch hier nichts zu erstellen", ist die falsche Richtung. Das ist zu einfach.

**Denis Toggwiler (GLP):** "Es hat keinen Raum im Oberfeld" - diese Aussage verstehe ich. Wir haben da unmittelbar den Hangar stehen. Dieser wird nicht als Quartiertreff in Betracht gezogen. Wir haben noch andere Möglichkeiten:

- ① Vielleicht sollte auch das FCO-Klubhaus in die Überlegungen miteingezogen werden. Da können ebenfalls Räumlichkeiten gemietet werden. Die bestehenden Infrastrukturen müssen genauer geprüft werden!

**Christian Zeyer (SP):** Der Gemeinderat hat bereits eine grosse Analyse erstellt (siehe GGR-Botschaft). Er kommt zum Resultat, dass nicht alles funktioniert. Die einzige Möglichkeit besteht in einem Landkauf und dort den Quartiertreff zu installieren.

- ① Fazit: Es gibt in diesem Perimeter kein Potenzial, wenn die Gemeinde Ostermundigen nichts machen will.

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 20 zu 10 Stimmen den folgenden

### B e s c h l u s s

Die Volksmotion betreffend „Wir brauchen einen Quartiertreff - für eine lebendige Nachbarschaft“ wird begründet und abgelehnt.



10.3.73 Postulate

### **355. Postulat Adrian Tanner (Grüne) betreffend Umwelt- und Klimakommission; Erheblicherklärung/Ablehnung**

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich der Erstunterzeichner zur Berichterstattung äussern.

**1. Vizepräsident Adrian Tanner (Grüne):** Besten Dank dem Gemeinderat und der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung sowie die Entgegennahme des Postulates. Das Vorgehen mit der Kategorisierung von Geschäften und mit dem Prüfverfahren scheint mir sinnvoll zu sein. Ein paar Anliegen dazu hätte ich schon noch. Ich leite diese gerne dem Departement weiter, falls Interesse besteht. Abgesehen davon hat der Gemeinderat in seiner Beantwortung auf ein Dokument von der Stiftung "Energienstadt" hingewiesen, welches bei der Umsetzung helfen soll. Ausserdem sind wir in Ostermundigen nicht die Ersten, die so etwas machten, d. h. das Rad muss nicht neu erfunden werden; wir können uns bei anderen Gemeinden informieren lassen.

Ich freue mich, wenn das Postulat vom Parlament unterstützt wird und möglichst bald ein Konzept vorliegt. Diesem Konzept hat das Parlament in einem zweiten Schritt dann noch zuzustimmen. Wenn wir nichts machen, müssen wir ebenfalls Kosten tragen.

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Es liegen keine Wortmeldungen aus dem Plenum vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 29 zu 0 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s**

Das Postulat Adrian Tanner (Grüne) betreffend Umwelt- und Klimakommission wird erheblich erklärt und zur Weiterbearbeitung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.74 Interpellationen

### **356. Überparteiliche Interpellation betreffend Abfall, insbesondere Abfalltrennung an öffentlichen, neuralgischen Punkten in Ostermundigen und Mehrweggeschirr an Veranstaltungen; schriftliche Beantwortung**

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich die Erstunterzeichnerin zur Berichterstattung äussern.

**Emsale Selmani (SP):** Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Beantwortung meiner Fragen. Ich begrüsse die Absicht des Gemeinderates sehr, dass er gewillt ist, ein Konzept zu erarbeiten. Wir sollten in Ostermundigen einheitliche Abfalleimer benutzen und diese dürfen nicht überfüllt sein. Auch die Absicht des Gemeinderates, im nächsten Jahr Mehrfachcontainer einzuführen, begrüsse ich sehr. Es ist wichtig, dass wir auch ausserhalb von unseren vier Wänden Recycling vornehmen können. Wichtig ist, dass wir mit unseren Nachbargemeinden mithalten können. Das Mehrweggeschirr wird in die nächste Revision des Abfallreglements einfließen.

Wichtig ist ökologisches Denken und möglichst viel Abfall einzusparen!

- Gemischter Kunststoff

Der Gemeinderat hält sich an die Vorgaben resp. Empfehlungen des Bundes. In der Ostschweiz gibt es schon mehrere Gemeinden, welche der Bevölkerung die Möglichkeit geben, den Kunststoff und auch den gemischten Kunststoff in gebührenpflichtigen Säcken zu entsorgen. Die Gemeinde Ostermundigen kann hier eine Pionierrolle einnehmen und uns die Möglichkeit geben, den Kunststoff sachgerecht zu entsorgen. Mit diesem Vorgehen wir ebenfalls ein Anreiz für die Industrie geschaffen, um sich mehr Mühe in das Recyclingsystem des Kunststoffes zu geben.

### **B e s c h l u s s**

Die überparteiliche Interpellation betreffend Abfall, insbesondere Abfalltrennung an öffentlichen, neuralgischen Punkten in Ostermundigen und Mehrweggeschirr an Veranstaltungen" wird schriftlich beantwortet.

## 357. Orientierungen des Gemeinderates

10.3.01 Allgemeines

### a) Parlamentarische Vorstösse; verspätete Beantwortungen

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** Momentan ist sehr viel am Laufen. Diese parlamentarischen Vorstösse sind davon betroffen:

- Überparteiliche Motion betreffend externe Untersuchung zu den Mitteln, die Ostermundigen im Zusammenhang mit der Sanierung und der Liquidation der PVS BIO zustehen; eingereicht 19.12.2019
- Überparteiliche Interpellation betreffend Mittel, die Ostermundigen aus der Sanierung und der Liquidation der PVS BIO zustehen; eingereicht 19.12.2019
- Überparteiliche Interpellation betreffend Parkplatzbewirtschaftungssystem Migros Ostermundigen und weitere Einkaufszentren; eingereicht 20.02.2020
- Motion betreffend Übertragung der Verantwortung für den Mutter-Kind-Deutschkurs zur Abteilung Soziales; eingereicht 25.06.2020
- Interpellation betreffend 12 Fragen zur Verkehrssituation in Ostermundigen; eingereicht 25.06.2020
- Volksmotion betreffend „Sichere Schulhausplätze in Ostermundigen“; eingereicht 17.09.2020
- Motion betreffend Änderung des Wahl- und Abstimmungsreglementes; eingereicht 17.09.2020
- Postulat betreffend Kompensation für Pensionskassen-Sanierungsbeiträge der Gemeindegemitarbeitenden; eingereicht 17.09.2020
- Interpellation betreffend Kapazitätsausbau Wankdorf („Spaghetti Teller“) – was ist die Haltung des Gemeinderates?; eingereicht 17.09.2020

30.4.25 Schulhaus Rothus

## b) Schulanlage Rothus: Zeitwertentschädigung CSB; Genehmigung Investitionskredit durch Gemeinderat

**Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP):** Der Gemeinderat hat am 8. Dezember 2020 für die Zeitwertvergütung der baulichen Massnahmen in der Schulanlage Rothus an die Christophorus-Schule Bern (CSB) einen **Kredit von CHF 865'616.45** genehmigt.

Es handelt sich gestützt auf Art. 101 der Kantonalen Gemeindeverordnung und Art. 19 der Gemeindeordnung Ostermundigen um **eine gebundene** Ausgabe in der abschliessenden Zuständigkeitskompetenz des Gemeinderats. Die Publikation dieses Beschlusses erfolgt nächsten Mittwoch, 23. Dezember 2020 im Anzeiger Region Bern.

Hintergrund:

- Die Christophorus-Schule Bern investierte 2008 insgesamt CHF 2'153'482.70 in bauliche Anpassungen der Schulanlage.
- Im Mietvertrag von 2007 wurde festgelegt, welche dieser bauliche Massnahmen zurückgebaut werden müssen und welche nicht.
- Diejenigen Bauteile, die nicht zurückgebaut werden, übernimmt die Gemeinde Ostermundigen und muss diese per Stichtag dem Mietenden zum entsprechenden Zeitwert vergüten.
- Für die Berechnung dieses Zeitwertes einigten sich die beiden Vertragsparteien auf den Beizug der Gülterschätzungskommission des Kantons Bern als neutrale Bewertungsinstanz.
- Diese hat anhand der Bauabrechnung aus dem Jahr 2008 die relevanten Bauteile auf den Stichtag 31. Juli 2022 (Mietende CSB) technisch und wirtschaftlich entwertet und insgesamt mit CHF 906'866.45 beziffert.
- Zudem wurden die erforderlichen Rückbau- und Wiederherstellungskosten mit CHF 41'250.00 beziffert, welche von der Restwertentschädigung abgezogen werden.
- Daraus ergibt sich eine geschuldete Entschädigung der Gemeinde Ostermundigen gegenüber der CSB von CHF 865'616.45.
- Geschuldet wird der Betrag binnen 30 Tagen nach Mietende, somit bis spätestens am 30. August 2022.

Wichtig ist, die Gemeinde erhält dafür auch einen Gegenwert. Dieser besteht u. a. aus folgenden Bauteilen:

- 2 Liftanlagen
- Diverse Sanitärinstallationen
- Eine professionelle Gastroküche
- Diverse Warmwasserinstallationen
- Ein ausgebautes Dachgeschoss im Spezialtrakte

Die meisten dieser Bauteile/Werte bleiben auch mit der Umsetzung der Gesamtplanung Rothus erhalten. Der Projektierungskredit für diese Planung wird dem GGR voraussichtlich am 24. Juni 2021 vorgelegt.

40.12.47 Öffentliche Abfallkörbe

**c) "Solarpresshai" (= öffentlicher Abfallbehälter); Zwischenbericht**

**Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP):** Seit dem 4. Februar 2020 ist der Hightech-Abfallsammelbehälter in Ostermundigen im Einsatz. Zeit eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Aus technischer Sicht sind keine Mängel zu beklagen. Der Presshai funktioniert gut und verdichtet den Abfall zuverlässig. Auch die Datenübermittlung funktioniert einwandfrei. Die Solarzellen versorgen den Presshai, auch wenn keine Sonne scheint, immer mit genügend Strom. Wenn Störungen auftreten, werden diese durch die Benutzer verursacht, welche zu grossen oder falschen Abfälle entsorgen. Im Weiteren stellen wir fest, dass es Personen gibt, die ihren Hauskehricht in öffentlichen Abfalleimern entsorgen. Wird die Einwurf-Öffnung durch solche Abfälle blockiert, kann diese für den Pressvorgang nicht mehr geschlossen werden und es tritt eine Störung auf. Insbesondere, da viele Postkunden jeweils den Karton der abgeholten Pakete im Solarhai entsorgen. Evtl. sollten Hinweise angebracht werden über die richtige Nutzung des Solarhais. Es wird vorgeschlagen, dass die Post bei der Lösung des Problems mithelfen soll.

① Fazit

Der Solarpresshai funktioniert zuverlässig und gut. Jedoch können seine Vorteile durch die falsche Benützung bzw. durch das Verstopfen der Einwurf-Öffnung nur bedingt genutzt werden.

40.11.00 Allgemeines

**d) "Corona-Eichen"**

Es gibt in Europa und auch in der Schweiz die alte Tradition, bei oder auch nach Ereignissen von grosser Tragweite, zur Erinnerung symbolisch einen Baum zu pflanzen. So wurde z. B. nach Kriegsende vielerorts, so auch in Ostermundigen, eine "Friedens-Linde" gepflanzt.

Im vergangenen Jahr 2020 gab es nun wieder ein Ereignis von grosser Tragweite: Die Corona Virus Pandemie führte dazu, dass der Bundesrat die "ausserordentliche Lage" anordnete. Das normale Leben wurde stark eingeschränkt und die Schulen wurden auch in Ostermundigen geschlossen.

Zur Erinnerung an den Lockdown wurden auf meine Initiative hin diese Woche in Ostermundigen drei "Corona-Eichen" gepflanzt. Stellvertretend für die Quartiere von Ostermundigen steht ein solcher Baum im Hubelquartier, für die Spielplätze in Ostermundigen einer im Seepark und für die Schule Ostermundigen steht einer auf dem Pausenplatz der Schule Bernstrasse.

In Anwesenheit von meiner GR-Kollegin Maya Weber Hadorn (Hochbau) und meinem GR-Kollegen Gerardo Grasso (Bildung Kultur Sport), wurde die Corona-Eiche für die Schule Ostermundigen am Mittwoch, 16. Dezember 2020, offiziell von uns an die Schulleiterin der Schulanlage Bernstrasse, Frau Ursula Blaser, übergeben. Die heutigen Schülerinnen und Schüler können sich so noch in vielen Jahren daran zurückerinnern und vielleicht wird auch der nächsten Generation noch von der Zeit der Corona-Pandemie berichtet werden. Die Corona-Eichen sind alle im Baumkataster der Gemeinde als "geschützte Bäume" erfasst worden. Sie werden auch noch mit entsprechenden Hinweistafeln versehen.

10.4.04 Personelles

**e) Verabschiedung von Gemeinderat Andreas Thomann**

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** Im Namen des Gemeinderates sowie von 18'000 Einwohnerinnen und Einwohner möchte ich Andreas Thomann in Form eines "Andy A, B, C" verabschieden:

*Abfallentsorgungsstrategie, Bio-Pause (= Zigarettenpause), Computerkämpfe, Dächer (Höhenangst), Erholung beim Fischen, FC Liverpool, Gesamtblick, Hai, Inbetriebnahme Mybuxi, Jessica, Kommunaltransporter, Lötschenbach, Mundiger-Beizen, Neuunterflursammelstelle, Ortslexikon, Pandemie, Quelle im Oberland, ruhige Art, Spagetti Projekt, Tram Bern/Ostermundigen, Unterführung, VR im WVRB, Wasserbau Worble, Xsundheit, Yaks in der Weihermatt, Zusammenarbeit in der Exekutive wie auch Legislative.*

Andreas, ich möchte dir für alles den besten Dank aussprechen. Ich möchte dir im symbolischen Sinne ein kleines Tram zusammen mit den besten Wünschen für die Zukunft übergeben. Besten Dank.

----- **A p p l a u s** -----

## Persönliche Erklärungen resp. Verabschiedungen

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Wir nehmen die weiteren Verabschiedungen vor. Mir sind vorgängig deren zwei angemeldet worden.

**Priska Zeyer (SP):** Die Fraktion SP/Grüne hat heute Abend zwei Personen zum Verabschieden.

Zum ersten ist es unser langjähriges Mitglied **Rudolf Mahler**. Ruedi ist leider heute wegen Corona nicht hier. Weil die Sitzung live mitverfolgt werden kann, ist er aber sicher zuhause dabei und hört und schaut zu. Herzlich willkommen Ruedi!!

Du hast mir diese Woche auch noch deine persönlichen Grussworte zugeschickt, ich werde diese dann im Anschluss gerne vorlesen.

Ruedi war sage und schreibe während 16 Jahren für unsere Fraktion im Parlament. Ruedi war während dieser Zeit drei Jahre Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und während vielen Jahren bis zum jetzigen Tag ein sehr wertvolles Mitglied in der Planungskommission.

V.a. bauliche und planerische Anliegen waren ihm sehr wichtig, und er hat sich dabei immer auch für die Nachhaltigkeit eingesetzt. Auch die Schulraumplanung war Dir Ruedi ein grosses Anliegen. Wir erinnern uns an deine engagierten Voten zur Christophorus-Schule und ebenfalls für deinen unermüdlichen Einsatz generell für gute Lösungen im Rahmen der Schulraumplanung (Holzmodulbauten).

Wir danken Dir Ruedi von Herzen für deinen unermüdlichen Einsatz für Ostermundigen und wünschen dir einen geruhsamen Politruhestand. Ganz verabschieden tut er sich ja nicht, er bleibt noch weiter in der Planungskommission.

Und jetzt noch Ruedis persönliche Abschiedsgrüsse an alle hier im Parlament:

*„ Liebe Parlamentskolleginnen und - Kollegen!*

*In Ittigen, wo ich bis 2002 gewohnt habe, gab es - und gibt es noch immer- kein Parlament. Die dortige Gemeindeversammlung schien mir nicht wirklich geeignet, die Mitsprache der Bürger zu garantieren. Nach dem Umzug nach Ostermundigen wollte ich darum unbedingt herausfinden, ob ein Gemeindep Parlament besser dafür geeignet ist. 2003 wurde ich gewählt und war seit 2004 ununterbrochen Mitglied des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen.*

*Das ist eine lange Zeit, ich staune selber darüber. Ich habe nur sehr wenige Sitzungen verpasst. Aber auf diese letzte Sitzung verzichte ich nun schweren Herzens wegen Covid-19. Darum verabschiede ich mich so von euch, bedanke mich bei allen, mit denen sich eine Zusammenarbeit ergeben hat und bei allen anderen für die Geduld beim Anhören der Voten, die nicht in ihrem Sinne waren. Dem ganzen Parlament wünsche ich viel Erfolg bei der hartnäckigen Kontrolle der Verwaltung und des Gemeinderates und bei der Umsetzung von eigenen fortschrittlichen Ideen.*

*Ich verabschiede mich von den Gemeinderäten, wünsche auch ihnen alles Gute und bedanke mich bei Jürg Kumli, der mir während meines Präsidialjahres immer wieder aus der Patsche geholfen hat.*



Übrigens, mein Fazit zur Frage «Parlament oder Gemeindeversammlung» lautet: **Parlament schlägt Gemeindeversammlung, bei weitem!**

*Es war darum eine gute Zeit im GGR von Ostermundigen, die es mir auch gestattet hat, einige kleine Erfolge zu verbuchen. Die nachhaltigsten sind aus Volksmotionen entstanden, zum Beispiel die Errichtung der Beach-Volleyfelder im erweiterten Dennigkofenbad. Dass der Inhalt der Motion für «Ein einheitliches Temporegime auf Ostermundigens Strassen» nun Eingang in die räumliche Entwicklungsstrategie von O'mundo gefunden hat, freut mich auch sehr. Anderes hat nicht geklappt, was ich immer noch bedauere.*

*Ich wünsche euch, dass ihr zusammen mit euren Kolleginnen und Kollegen noch viele Sachen anstossen könnt, die Ostermundigen vorwärtsbringen und attraktiver machen. Viel Zeit habt ihr nicht mehr, die Fusion mit Bern wird einige Änderungen bringen!*

*Ich wünsche allen eine gute Zeit, frohe Festtage und einen guten Rutsch ins 2021 und «blibet gsung».*

Ruedi Mahler, 17.12.2020

----- **A p p l a u s** -----

Dann muss unsere Fraktion leider auch **Judith Hangartner** verabschieden. Judith wurde vor vier Jahren ins Parlament von Ostermundigen gewählt. Sie hat sich in unserer Fraktion sehr schnell eingelebt und hat sich ebenfalls sehr für nachhaltiges Bauen und Planen eingesetzt. Daneben konnte sie uns dank ihres beruflichen Hintergrunds an der PH Bern sehr wertvolle Unterstützung bei pädagogischen bzw. schulplanerischen Themen leisten.

Bis heute war Judith auch ein engagiertes Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

Wir bedanken uns sehr herzlich bei Dir, Judith, für deine wertvolle Arbeit und wünschen dir von Herzen alles Gute. Wir hoffen natürlich, dass du die Ostermundiger Politik weiter verfolgen wirst, halt nicht mehr live hier im Saal, aber vielleicht via Medien oder bei persönlichen Gesprächen.

----- **A p p l a u s** -----

**Yannick Buchter (SVP):** Ich habe ebenfalls noch Verabschiedungen vorzutragen und darf eine Laudatio anbringen für:

**Walter Zysset**

Lieber Walter, vielen Dank für Deinen Einsatz zu Gunsten unserer Gemeinde und unserer Partei. Du hast uns mit Deiner ruhigen Art immer wieder gezeigt, dass es Dir um die Sache und nicht um Ideologien geht, das haben wir immer sehr geschätzt. Im Weiteren konnten wir immer wieder feststellen, dass Du ein herzensguter Mensch bist, dem das Wohlergehen Deiner Mitmenschen wichtig ist. Was wir an Dir immer sehr geschätzt haben ist, dass man mit Dir über vieles anderes als die Politik reden kann. Es hat uns immer gutgetan, nach einer nervenaufreibenden politischen Fraktions- oder Vorstandssitzung von Deinen Reisen zu hören, welche Du vorzugsweise über die Plattform "Dein Deal" gebucht hast.

----- Applaus -----

### **Hans-Rudolf Hausammann**

Lieber Hansruedi, wer kennt Dich nicht? Wer weiss nicht, dass Du ein Pragmatiker durch und durch bist? Du hattest und hast immer die Gabe, mit Deiner Art zu überzeugen. Was wir an Dir immer sehr geschätzt haben, ist, dass Du Deiner Überzeugung gefolgt bist, egal ob sie Dir Lorbeeren oder Schwierigkeiten eingebracht hast. Ein Beispiel ist, dass Du Maya Weber öffentlich zur Wiederwahl empfohlen hast, weil Du von ihrer Arbeit überzeugt warst. Es war für Dich völlig klar, dass Du das machst und es war für Dich aber auch kein Problem, dass wir Dich dafür regelmässig hochgenommen haben. Oftmals ging ich in eine Fraktionssitzung mit einer vorgefertigten Meinung und dachte, der Sachverhalt zu diesem oder jenem Geschäft sei klar. Aber dann kam Hansruedi und hat mir einen ganz anderen Blickwinkel auf die Geschäfte gegeben. Im Weiteren war es für uns immer sehr wertvoll, dass wir einen Mann hatten, der so hervorragende Kontakte zu den anderen Parteien pflegte und auch dort zu überzeugen vermochte. Die Bodenständigkeit ist das, was Dich ausmacht. Oftmals kamst Du in Gremien und sagtest "so nicht!", wenn einige von uns übermütig zu werden drohten. Lieber Hansruedi, wir bedauern, dass Du die Wiederwahl verpasst hast und danken Dir für Dein grosses Engagement! Du bist auf dem ersten Ersatzplatz und die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass Du im Verlaufe der nächsten Legislatur nachrutschen wirst. So oder so wünschen wir Dir nur das Beste!

----- Applaus -----

### **Ernst Hirsiger**

Wenn man im Duden Dossier-Festigkeit aufschlagen könnte, würde wahrscheinlich das Foto von Ernst Hirsiger erscheinen. Der langjährige Chef der SVP-Fraktion war immer sattelfest, und das in praktisch jedem Geschäft. Es gab nichts, was Dich, lieber Ernst, nicht interessiert hat. Jedem Geschäft hast Du Dich bis ins Detail gewidmet, langseitige Anträge geschrieben, mit der Verwaltung telefoniert, bis Du Dir Deine Meinung gebildet hast. In meiner ersten Fraktionssitzung bin ich mit keiner Meinung eingetroffen und mit der Meinung von Ernst wieder gegangen. Noch heute gibt es nur wenige Personen in diesem Parlament, die Ernst in Sachen Dossier Festigkeit das Wasser reichen können. Auch wenn Du mit Deiner hartnäckigen Art teils angeeckt bist, bist Du dabei immer anständig geblieben und hast andere Meinungen respektiert. Die Fraktion hast Du in Deiner Tätigkeit als deren Chef umsichtig und strikte geführt. Ebenso hast Du uns immer informiert und Deine Meinung kundgetan, selbst wenn Du wusstest, dass Du in der Fraktion in der Minderheit sein wirst. Du nimmst sehr viel Know-how mit und wir sind froh, dass Du uns als Privatmann noch zur Verfügung stehen wirst. Du hast Dich entschieden, nicht mehr zu kandidieren. Das mussten wir nach mehrfachen Gesprächen mit Dir respektieren. Ich persönlich kann es gut verstehen. Du bist seit etwa 2001 kommunalpolitisch aktiv, damals war ich in der 6. Klasse und es spricht für Dich, dass Du loslassen kannst. Lieber Ernst, herzlichen Dank für alles!!!

----- Applaus -----

### **Ratspräsident 2020 Hans Wipfli**

Lieber Hans, noch vor drei Jahren haben wir in der Partei darüber diskutiert, wen wir wohl für das Ratsbüro vorschlagen sollen. Heute, an deiner letzten Sitzung als GGR-Präsident können wir mit Stolz sagen, dass es richtig war, auf Dich zu setzen. Du musstest während einem ganz speziellen Jahr diese Verantwortung übernehmen. Wer hätte noch vor einem Jahr gedacht, dass dieses Jahr so werden würde, wie es geworden ist. Nicht nur die Geschäfte haben dich beschäftigt. Es wurde zu einer Deiner wichtigsten Aufgaben, dafür zu sorgen, entsprechende Schutzkonzepte zu entwickeln und dafür zu sorgen, dass diese eingehalten werden. Das bedeutete einen erheblichen Mehraufwand. So musstest Du viele Absprachen treffen - sei es mit der Verwaltung oder mit den gesundheitsverantwortlichen Behörden, mit der Kirche betreffend dem Ausweichstandort und weiteren Stellen. Dies alles hat Dich aber nie aus der Ruhe gebracht und Du hast es geschafft, die Sitzungen diszipliniert und abgeklärt zu leiten. Es war bestimmt auch nicht einfach, gleichzeitig Parteipräsident zu sein und gleichzeitig dem GGR vorzustehen. Denn das vereinen von "Parteitrommler" und "Verbindungsmann" ist kein einfaches Unterfangen. Dies ist aber auf souveräne Art und Weise gelungen. Dafür ziehen wir vor Dir den Hut und zollen Dir unseren Respekt. Man spürte stets Deine breite Führungserfahrung, welche Dir in dieser Funktion zugutekam. Dein Nachfolger tritt jedenfalls in grosse Fusstapfen. Wir danken Dir für Deine tolle Arbeit und freuen uns, Dich bald wieder in unserer Mitte zu wissen. Lieber Hans, merci viumau!

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Viele herzlichen Dank für eure Unterstützung! Ihr seid ein super Parlament mit grossen Qualitäten. Wir können miteinander diskutieren; wir können unterschiedlicher Meinung sein und trotzdem können wir im Anschluss an die Sitzungen in der Beiz noch ein Getränk zusammen einnehmen. Das ist absolut toll!

Ich bedaure es sehr, dass wir in diesem Jahr nie zusammensitzen konnten. Ich habe mit meinem Nachfolger abgemacht, dies im nächsten Jahr resp. in besseren Zeiten nachzuholen. Ich möchte dem Ratsbüro, dem Gemeinderat, der Gemeindeschreiberin, Barbara Steudler, und hauptsächlich dem Ratssekretär Jürg Kumli meinen besten Dank aussprechen. Ihr wart immer ein wertvoller Support!

Meinem Nachfolger Adrian Tanner wünsche ich bereits heute, viel Erfolg als Ratspräsident 2021. Er wird das in seiner umsichtigen Art bestimmt erfolgreich erledigen.

Und ganz am Schluss wünsche ich euch allen schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

**Ratspräsident Hans Wipfli (SVP):** Ich möchte noch anmerken, dass bis jetzt keine parlamentarischen Neueingänge beim Ratsbüro eingegangen sind. Liegen irgendwo im Tellsaal noch Vorstösse zum Verlesen vor? - Wenn nicht, schliesse ich hiermit die letzte Sitzung der Legislatur 2017 - 2020.

**GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN**

Die Präsident:

Der Ratssekretär:

Hans Wipfli

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler:

Rajaratnam Saibaven

i. V. Markus Truog